

Leibnitzer Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Leibnitzer Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3,00, monatlich 1,00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaltene Poststelle oder deren Raum 40 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 30 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 135.

Mittwoch, den 12. Juni 1918.

3. Jahrg.

Kein bedingungsloses Nachlaufen hinter der Internationale!

Einen Leitartikel, der nicht verfehlt wird, hatte Beachtung zu finden, veröffentlicht der Redakteur der „Neuen Zeit“ Heinrich Cunow an der Spitze der jüngsten Nummer. Er geht aus von den Bestrebungen, die neuerdings in den Kreisen der alliierten Sozialisten wieder aufgetaucht sind, eine internationale Konferenz zu veranstalten. Die vorbereitenden Beschlüsse der alliierten Sozialisten in London seien der deutschen Sozialdemokratie merkwürdig spät zugestellt worden. Cunow stellt daher die Frage:

„Warum hat Branting die Schriftstücke ungefähr zwei Monate liegen lassen, ehe er zur Absendung schritt?“

Abgeschickt wurde das Londoner Memorandum an die deutsche Sozialdemokratie jedenfalls erst am 29. April, nachdem die deutsche Offensiv an der Westfront ihre ersten großen Siege erlitten hatte. Cunow nimmt daher an, daß die jüngste deutsche Offensive das Verlangen der Entente-Sozialisten nach Einberufung einer internationalen Konferenz in Bern sehr verstärken wird.

Die Hauptdaten dieser internationalen Konferenzbestrebungen sind die folgenden: Im Februar 1915, als die Kriegslage für Deutschland recht ungünstig war, einigten sich die Entente-Sozialisten auf ein stark deutschfeindliches Kriegszielprogramm; jedes Verhandeln mit den Sozialisten der Mittelmächte lehnten sie bis zur russischen Revolution ab, die englische Arbeiterpartei bis zuletzt mit fast Zweidrittelmehrheit. Erst als sie fürchteten, daß in Stockholm deutsche und russische Sozialisten sich ohne sie treffen würden, schwenkten sie um und nahmen gegenüber Stockholm eine freundlichere Stellung ein, nicht ohne dabei zu verkünden, daß sie dort nur die deutsche Regierung anfragen und die deutschen Sozialisten aus der Internationale ausschließen wollten.

Aber selbst dafür war ein Teil der englischen Gewerkschaften noch nicht zu haben. Um eine einheitliche Stellungnahme aller Entente-Sozialisten herbeizuführen, fand am 28. August 1917 in London eine Konferenz statt, deren Zweck darin bestand, die Minderheiten in Frankreich und England an der Vertretung ihres Standpunktes in Stockholm zu verhindern. Weder auf die russische Grundforderung: „Keine Annexionen und Kontributionen“ noch auf die programmatische Erklärung der deutschen Delegation in Stockholm wurde irgendwelche Rücksicht genommen. Am 20. Februar 1918 hatte diese Konferenz eine Fortsetzung. Die amerikanischen Sozialisten waren nicht eingeladen, wohl aber Campers; auch die Russen fehlten. Unter Ablehnung der italienischen Anträge auf erste Friedensbemühungen beschloß die Konferenz, an der Kriegszieleklärung vom Februar 1915 festzuhalten. Diese Kriegsziele untersucht nun Cunow und stellt fest, daß sie z. B. die Angliederung Livlands, Kurlands und Litauens an Deutschland ausschließen, nicht aber die an Rußland; Elsaß-Lothringen muß an Frankreich kommen — ob man die Elsaß-Lothringer selber fragen will, wird den Franzosen anheimgestellt. Die Rückgabe der deutschen Kolonien wird nicht erwähnt, die Kriegsschäden hat Deutschland in weitestem Umfang zu ersetzen. Von Irland, Ägypten, Indien, den früheren Burenstaaten, Cypren und Malta ist mit keinem Worte die Rede. Dieses Kriegszieleprogramm wird nun nicht etwa als Verhandlungsgegenstand dargeboten, sondern als Grundzüge der Gerechtigkeit, welche die deutsche Sozialdemokratie anzunehmen hätte, wenn sie auf dem Kongreß erscheinen will.

Deshalb kann nach Cunow gar keine Rede davon sein, daß wir einfach jederzeit auf Aufforderung der Entente-Sozialisten die Wallfahrt nach Bern antreten. Die deutsche Sozialdemokratie müsse vielmehr die Bedingungen stellen, daß die Kriegszielebeschlüsse der Entente-Sozialisten nur als bloßer unverbindlicher Vorschlag für die Verhandlungen zu gelten hat und nicht anders zu bewerten ist, als das deutsche Memorandum von Stockholm; zweitens, daß keinerlei Abstimmung und Majorisierung über einzelne Forderungen oder das Gesamtprogramm stattfindet, sondern lediglich eine Verständigung auf Grund freier Aussprachen erstrebt wird; endlich, daß die Erörterung der sogenannten Schuldfrage völlig unterbleibt. Würden diese Forderungen nicht erfüllt, so könne eine internationale Sozialistenkonferenz nur auf einen Allererweltskateel hinauslaufen, und dazu sei die Zeit zu ernst.

Wir sind im Gegensatz zu Cunow der Meinung, daß die deutsche Sozialdemokratie ihre Teilnahme an einer hoffentlich bald zustande kommenden internationalen Konferenz nicht von Bedingungen abhängig machen sollte. Es könnte sonst sehr leicht der Anschein erweckt werden, als ob nun das Zustandekommen einer internationalen Konferenz an den deutschen Sozialdemokraten gescheitert sei. Ueber die Verhandlungsgespräche wird man sich schon einig werden; daß sie sich gar nicht oder mindestens möglichst wenig um die Vergangenheit drehen dürfen, halten wir für selbstverständlich. Die Hauptfrage kann nur die sein: Wie kommen wir baldigst zum Frieden?

In erster Linie ist uns die Hauptsache, daß die Konferenz überhaupt stattfindet, dann regelt sich alles andere schon von selbst.

Die preussische Wahlrechtsreform.

Abermalige Ablehnung des gleichen Wahlrechts. Die Kompromißanträge angenommen.

Die von den Wahlrechtsgegnern vereinbarten Kompromißanträge sind den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses erst kurz vor Beginn der Dienstagsitzung im Korrekturabzug zugegangen. Sie beziehen sich einmal auf die Verlängerung der Aufenthaltsdauer oder des Wohnsitzes in der Gemeinde von ein auf zwei Jahre, ferner auf die Schaffung eines neuen § 3, der neben der Grundstimm- und einer Zusatzstimm- für ein Alter von 30 Jahren eine weitere Zusatzstimm-, ähnlich wie der ursprüngliche Antrag Lohmann, vorsieht. Diese Anträge tragen nicht weniger als 265 Unterschriften, und zwar haben unterzeichnet 37 Nationalliberale, 144 Konservative, 53 Freikonervative und 31 Mitglieder des Zentrums. Von den Freikonervativen haben auch diejenigen, die bisher für das gleiche Wahlrecht gestimmt haben, diesem Kompromißantrag ihre Unterschrift gegeben. Es sind das die Abgg. Wendt, Dr. Bredt, v. Kardorff und Dr. Waagner.

Ferner sind eingebracht worden die Sicherungsanträge des Zentrums, die gleichfalls die Unterstützung der Wahlrechtsparteien gefunden haben, und ebenso hat man sich darüber geeinigt, lediglich für die gemischtpraktischen Teile des Dienstverhältnisswahlrechts einzuführen.

Von den Wahlrechtsgegnern liegen ebenfalls eine Reihe von Anträgen vor: Es sind dies vor allem die Anträge auf Wiederherstellung des § 3 der Regierungsvorlage (altliches Wahlrecht). Diese Anträge gehen aus von dem linken Flügel der Nationalliberalen, von der Fortschrittlichen Volkspartei und von einem Teil des Zentrums unter Führung der Arbeitervertreter des Zentrums. Die Arbeitervertreter des Zentrums haben ferner eine größere Reihe von Anträgen gestellt, die darauf hinauslaufen, die Rechte der Arbeiter zu erweitern. So fordern sie u. a., daß bereits ein sechsmonatiger Wohnsitz in der Gemeinde genügt (nicht in der Gemeinde) das Wahlrecht gewährt werden soll, ferner haben sie beantragt, daß das Alter für die passive Wahlbarkeit auf das 25. Lebensjahr herabgesetzt wird.

Endlich haben auch die Fortschrittler ihren Antrag, der die Einführung des Proporz für den Rhein, für Groß-Berlin und für eine Reihe weiterer besonders bevölkerter Industrieregionen vorsieht, aufs neue eingebracht.

In der Generaldebatte, die sich teilweise recht lebhaft gestaltete, gab zunächst der konservative Führer Dr. v. Sanderbrand die kurze Erklärung ab, daß seine Freunde für die Kompromißanträge stimmen würden, obwohl sie ihren Ansichten nicht ganz entsprächen; sie glaubten aber, daß sie im Interesse des Landes lägen.

Schwieriger war die Lage des Abg. Dr. Borjisch vom Zentrum, der zugleich für die Wahlrechtsgegner und die Wahlrechtsfreunde seiner Fraktion sprechen mußte. Die Zustimmung eines Teiles des Zentrums zu den Kompromißanträgen begründet er damit, daß in den Kompromißanträgen auch die Sicherungsanträge aufgenommen seien, und ferner mit der Haltung der Sozialdemokratie. Es unterliegt nach seiner Ansicht keinem Zweifel, daß, wenn die Sozialdemokratie im Hause in eine ausschlaggebende Stellung gerät, die bisherige Arbeit und Schulpolitik nicht weiter betrieben werden kann. Für einen anderen Teil seiner Freunde erklärte der Zentrumsführer, daß sie die Kompromißanträge ablehnen, aber nach wie vor für die Sicherungsanträge stimmen würden.

Nach ihm sprach der Abg. Lüdicke, der sich mit dem einen Satz begnügte, daß seine Freunde den Kompromißanträgen durchweg zustimmen würden. Lebhafter wurde es, als Abg. Dr. Pahnke von der Fortschrittlichen Volkspartei das Wort ergriff und scharfe Kritik übte sowohl an der Form der Anträge wie an der Art, in der das Kompromiß gemacht worden sei. Auch den Inhalt des Kompromisses selbst beanstandete der Redner lebhaft. Mit Recht tadelt er es, daß die monatlichen Verhandlungen ganz plötzlich umgestoßen werden, und daß man das Haus mit dem Kompromißantrag überfalle, so daß sowohl die Regierung wie auch die Mitglieder des Hauses erst jetzt das Ergebnis der Beratungen hinter verschlossenen Türen erfahren. Angeht es einer derartigen „Arbeit“ sei es nicht ausgeschlossen, daß in der nächsten Sitzung wiederum Verhandlungen vorgenommen werden, so daß schließlich noch eine letzte und lebende Sitzung erforderlich wird. Der Fortschrittler befaßte sich dann mit den Einzelheiten der Kompromißanträge. Er erklärte, daß er die Haltung der Regierung bewunderte und forderte sie auf, das Abgeordnetenhause im Falle der Verzögerung des gleichen Wahlrechts aufzulösen.

Nachdem der Minister des Innern erklärt hatte, daß die Regierung auf den Boden des Kompromisses nicht treten kann, da die Annahme dieses Antrages ein Zustandekommen der Vorlage ausschließen würde, erhielten hintereinander die beiden Vertreter der Nationalliberalen das Wort. Zunächst sprach Abg. Lucas für den linken Flügel. Er gab für seine Freunde die Erklärung ab, daß sie den Kompromißantrag rundweg ablehnen.

Anders der Abg. Lohmann, dem man anmerkte, wie unangenehm ihm seine Aufgabe sei. Er entschuldigte sich zunächst mit der Heimlichtuerei. Ihm und seinen Anhängern sei es darauf angekommen, einen Teil des Zentrums für die Anträge zu gewinnen. Die Zustimmung der Sozialdemokratie zu dem § 3 der Regierungsvorlage sollte doch ruhig machen. Die Sozialdemokratie würde auch für ein noch so radikales Wahlrecht der Regierung nicht dankbar sein. Der gerechtfertigte Arbeiter würde durch die Verweigerung des gleichen Wahlrechts sich nicht verbittern lassen. Das gleiche Wahlrecht sei nicht die Verwertung aller Stände, sondern nur eines Standes. Das Kompromiß solle dem Frieden dienen.

Abg. Korfanck lehnte im Namen der Polen das Kompromiß, insbesondere den Proporz für die Ostmarken, den er als einen Rechtsraub am polnischen Volke bezeichnete, sowie die sogenannten Sicherungsanträge ab.

In einer großzügigen Rede ließ Genosse Leinert hierauf die verschiedenen Stadien der Wahlrechtsverhandlungen Revue passieren. Ohne auf Einzelheiten einzugehen, wies er nach wie

volksfeindlich die Anträge der Kompromißparteien sind. Das Volk werde sich die Namen der Anteaquellier tief einprägen. Insbesondere betonte Leinert den Zusammenhang zwischen der preussischen Verfassungsreform und den kriegerischen Ereignissen. Der Antrag bedeute ein Dokument des stärksten Mißtrauens gegen ein stürmerprobtes Volk. Unsere Feinde würden daraus Kapital schlagen. Schon jetzt seien über unsere Schützengräben Tausende von Flugblättern von den Feinden abgeworfen worden, in denen gelagt wurde, daß eine Regierung, die das eigene Volk entrechte, auch anderen Völkern nur Mäntel bringen könne. Daß der Sieg der Entente das einzige Mittel sei, die Welt und das deutsche Volk von der größten Gefahr, der deutschen Unterdrückung zu befreien. Schließlich beschloß sich Leinert auch mit dem Verhalten der Regierung, die insofern Schuld an den jetzigen Zuständen trage, als sie durch ihre bei der dritten Lesung abgegebene Erklärung den Boden des gleichen Wahlrechts verlassen habe.

Den Schluß der Generaldebatte bildete eine Rede des Unabhängigen Ströbel, der in völliger Verkennung der Situation sich nicht mit den Wahlrechtsgegnern auf der Rechten und dem Zentrum beschäftigte, sondern fast ausschließlich gegen die Fortschrittler und Sozialdemokraten polemisierte.

In der Spezialdebatte ergriff nun noch der Abg. Groswski vom Zentrum und Herrsch (Soz.) zu § 1 das Wort, um die Gemeinshaftlichkeit des Kompromißantrages noch einmal kurz zu kennzeichnen.

Hierauf erfolgten die Abstimmungen, die zum größten Teil namentlich waren. Zunächst wurde in namentlicher Abstimmung der Kompromißantrag auf eine zweijährige Aufenthaltsdauer in der Gemeinde mit 223 gegen 188 Stimmen angenommen. Hierauf wurde mit 164 gegen 235 Stimmen der Antrag auf Wiederherstellung des § 3 (gleiches Wahlrecht) abgelehnt.

Bevor über den Kompromißantrag über das Mehrstimmrecht abgestimmt wurde, wurden die Kompromißparteien auf eine letzte Probe gestellt. Dem nationalliberalen Wahlrechtsgegners Seite war nämlich beantragt worden, allen denjenigen, die einen eigenen Hausstand führen, sowie allen Kriegsteilnehmern die Zusatzstimm zu gewähren. Dieser Antrag wurde gleichfalls in namentlicher Abstimmung abgelehnt. Sonderbarerweise stimmten mit den Anhängern des Kompromisses in diesem Falle auch die Unabhängigen, die offenbar gar nicht merken, daß es sich nur um ein taktisches Manöver handelte.

Der Hauptkompromißantrag mit den Zusatzstimmen für das Alter und die Selbstständigkeit wurden darauf in namentlicher Abstimmung mit 255 gegen 134 Stimmen angenommen.

Nachdem Genosse Braun in der Einzelberatung für die Verhältniswahl für den ganzen Staat eine Länge gebrochen hatte, trat Vertagung ein.

Es muß nunmehr eine fünfte Lesung stattfinden, für die vorläufig der 3. Juli in Aussicht genommen ist.

Die Gegner eines gleichen Wahlrechts haben also zum vierten Male einen „Sieg“ errungen. Und die Regierung hat bekanntlich erklärt, daß sie dieses Kompromiß ablehne. Der Tat der Reaktionen jetzt die Regierung nur Worte entgegen. Wann wird sie sich endlich auch zur Tat aufraffen, um der Welt zu zeigen, daß sie nicht mit sich spielen lassen will? Das Volk wartet auf die Abrechnung mit den Wahlrechtsgegnern, an deren Niederlage heute kein Zweifel mehr ist. Möge die Regierung jetzt also endlich hart werden und zur Auflösung schreiten.

Wie uns mitgeteilt wird, hat der Abg. Lohmann den Borjisch in der nationalliberalen Fraktion des Abgeordnetenhauses niedergelegt.

Deutscher Reichstag.

Aus dem Reichstag.

Die erhöhte Kriegsfamilienunterstützung abgelehnt.

Die Beratung des Heeresetats hatte insofern eine lustige Einleitung, als der fortwärtliche Abg. Dr. Müller-Meininger eine Anfrage einbrachte, jenes merkwürdige Ereignis betreffend, welches unteren Soldaten unter dem Namen „Kriegstatabaksmilch“ zugemutet wird. Diese Mischung darf insofern als unverdächtig bezeichnet werden, als sich das Buchenlaub wirklich eines Zusatzes weisenswerter Bestandteile nicht erwehren kann. Aus der Anfrage ging hervor, daß dessen ungeachtet für das Laub sehr anständige Preise von der Heeresverwaltung bezahlt worden sind. General von Oven konnte die Beschwörung nicht entkräften. Vorläufig ist ja nun das Heer von der Summen bereit, die deutschen Waldbestände aufzuraufen, da aber der Tabak zur Reife gehen soll, sind die Ansuchen trübe. Eine weitere Anfrage des gleichen Abgeordneten betraf einen Lyndward an einem Deutschen in Amerika. Ist ein solcher Fall erwiesen, so ist nichts dagegen einzuwenden, wenn die Regierung versucht, darauf hinzuwirken, daß die Fälle in Zukunft nicht mehr vorkommen. Es muß aber dafür gewarnt werden, alle unkontrollierbaren Nachrichten, die sehr oft der in Amerika noch akuten Kriegspolizei entspringen, ernst zu nehmen. Bei den zurückgestellten Abstimmungen zum Reichsamt des Innern ist hervorzuheben, daß die sozialdemokratischen Anträge auf Erhöhung der Familienunterstützung abgelehnt sind, eine Tatsache, die nicht leicht genug verurteilt werden kann, besonders in einer Zeit, wo, wie die erste Anfrage bewies, die Heeresverwaltung

sehr freigelegt zu sein verbleibt. Zu den Anträgen (Heranziehung der wegen schwerer Strafen vom Heeresdienste ausgeschlossenen Personen zum Arbeitsdienst, Zurückstellung von Mannschaften des Landsturms bei Auflösung zum Wehrdienst, Milderung des Militärstrafgesetzbuches) brachte der Kriegsminister die Begründung bei. Dann sprach der Abgeordnete Wirth mit einer beim Zentrum immerhin ungewöhnlichen Schärfe. Heiterkeit erweckte sein Bild des Volkswiges: k. v. — keine Verbindungen, g. v. — gute Verbindungen, a. v. — ausgezeichnete Verbindungen bei der Musterung. Ihm folgten Ausführungen unseres Genossen Schöpflin. Die Entscheidung über die Notwendigkeit der Eingehungen zum Arbeitsdienst bisher Nichtheerespflichtiger aus strafrechtlichen Gründen Polizeibeamten zu überlassen, ist bedenklich. Dann wandte er sich gegen den unnötigen Dienst, das Durcheinander, den Unmut, der mit den Verurteilten anzuzeigen getrieben wird, auch das Eiserne Kreuz hat an Ansehen verloren. Die Ausnahmebehandlung der sozialdemokratischen Presse scheint auch noch nicht ganz beseitigt zu sein. Als letzter nahm der Volksparteier Dr. Haas das Wort. Auch er führte schwere Bedenken gegen die Vorlage über die Heeresuntauglichen im Feld, da sie einer neuen Bestrafung gleich kämen. Auch seine übrigen Ausführungen mäßig den Kriegsminister zum Bedauern gebracht haben, daß sehr vieles geschehen muß, um unter Soldaten das Leben so zu erleichtern, als es unter der Unquant der Verhältnisse nur geht.

Dienstag, den 11. Juni 1918.

172. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratssitz: Kriegsminister v. Stein.

Anfragen.

Abg. Dr. Müller-Reininger (Wpt.) fragt: In jüngster Zeit ist als Kriegstabs-Mischung an unser Heer Tabak in großen Mengen verkauft worden, der ganz oder zum größten Teile Laub, insbesondere Buchenlaub enthält und von den Truppen weggenommen werden muß. Obwohl er die Militärverwaltung viel Geld kostet. Was gedenkt der Reichskanzler zu tun, um diesem Vorgehen einziger Lieferanten im Interesse des Heeres mit aller Energie und Schnelligkeit zu begegnen?

General v. Owen: Die Kriegs-Tabak-Mischung ist aus der Zeit der Zeit entstanden. Die Heeresverwaltung hat sich nur ungern dazu entschlossen, der Zufassung von Tabak-Erzeugnissen näher zu treten. Es haben jetzt sorgfältige Prüfungen unter Zustimmung des Reichsgesundheitsamtes stattgefunden und man hat schließlich eine Mischung mit Buchenlaub gewählt. (Hört, hört!) Die einzelnen Mischungen fallen freilich sehr verschieden aus. (Seitens Zustimmung.) Der Anteil an reinem Tabak ist in dem einen Paket größer als in dem anderen. Die Zahl der Klagen ist bisher verhältnismäßig gering. (Stürmischer Widerspruch.) Gleichwohl haben wir durch Verfügung vom 13. Mai die Weiterlieferung der Kriegs-Tabak-Mischung eingestellt. (Beifall.) Da jedoch unter diesen Umständen die Tabakverträge in absehbarer Zeit erschöpft sein würden, wird die Einstellung der Lieferung dieser Kriegs-Mischung kaum aufrecht erhalten werden können.

Abg. Dr. Müller-Reininger (Wpt.): Also ist die Einstellung nur vorübergehend?

General v. Owen: Zunächst vorübergehend.
Abg. Dr. Müller-Reininger: Ist dem Reichskanzler bekannt, daß für das hier zu Tabak verwendete Laub 10 Mark für den Zentner bezahlt werden, daß die Fabrikanten für diesen sogenannten Tabak aber 60 Mark für den Zentner verlangen? (Lebhaftes Hört, hört!) Was gedenkt der Reichskanzler zu tun, um diesen sehr für die Kriegszeit überhöhten Wucher zu bekämpfen? (Beifall.)

General v. Owen: Die Kriegs-Tabak-Mischung kostet 5 Mk. das Kilogramm. Darin sind 1,20 Mk. Steuer enthalten. (Stürmischer Widerspruch: Steuern auf Laub?) Also bleiben nur 3,80 Mark für das Kilo und 1,90 Mark für das Pfund übrig. Der Tabak, der ja auch in der Mischung vorhanden ist, (Widerspruch) ist im Preise derzeit gestiegen, das er kaum noch zu beschaffen ist. Der Preis von 1,90 Mk. für das Pfund Kriegs-Tabak-Mischung wäre an und für sich also nicht zu hoch. Die Mischung wird natürlich im großen Maßstab und in kleinen zu Vertrieben verkommen. Die Einstellung der Lieferung dieser Mischung ist erfolgt auf die Nachricht hin, daß bei der Truppe kein Gesundheitsstörungen gesetzt haben. (Hört, hört!) Sehr wird geprüft, in welcher Form eine Tabakmischung gegeben werden kann, bei der diese Unannehmlichkeiten nicht vorhanden sind. Gegen eine Futtermittel, die besonders schlecht geteilt hätte, ist bereits fräulein eingeschritten worden. (Beifall.)

Abg. Broy (Soz.) verweist darauf, daß bei der Beschaffung des Erzeugnisses die beschlagnahmen Lär- und Zentnerbeschläge die Inhabenden völlig ausgeschlossen sind und daß die Beschlagnahme nur nach Anordnung der Metall-Erzeugnisse der Kriegsministerial-K. O. Berlin erfolgt.

Oberleutnant Koch: Die Beschaffung des Erzeugnisses mußte durch eine behördliche Regelung erfolgen, weil sonst nicht genügende Sicherheiten gegeben sind gegen eine Verschwendung des Publikums.

Abg. Dr. Müller-Reininger (Wpt.) interpelliert wegen des Unwiderstandes an dem in Deutschland geborenen Bergarbeiter Paul Prager in Amerika.

Gen. Legationsschatzmeister Simon: Es ist richtig, daß am 4. April der Deutsche Prager von einer Menschenmenge in Collinsville aus dem Gefängnis gelassen, durch die Stadt geführt und an einem Baum aufgehängt worden ist und zwar aus keinem anderen Grunde, als daß er deutsch-fremdenhässliche Sentenzen verlesen hat. (Hört, hört!) Der amerikanische Konsul in Washington hat sofort nachdrücklich eingegriffen und den amerikanischen Behörden die Auslieferung und Sicherstellung gegen eine Wiederholung solcher Verkommenheiten verlangt. Er hat auch eine strafrechtliche Verfolgung der Täter gefordert. Die amerikanische Regierung hat erwidert, sie würde zunächst einmal prüfen, inwieweit das Bundesgesetz für die Tat zuständig sei. Wir dieser Ansicht aber hat die amerikanische Konsul nicht bezwungen, sondern der amerikanischen Regierung gegenüber die Ermordung ausgesprochen, daß sie alles tat, um die Täter der verdienten Strafe zuzuführen und um jede Wiederholung eines solchen Verfalls zu vermeiden. (Beifall.) Auch wir können uns nicht damit zufrieden geben, daß die amerikanische Regierung keine genügende Handhabe bietet, um eine solche Unmenslichkeit zu verhindern. (Zustimmung.) Die Bundesregierung muß Mittel und Wege finden, um Recht und Gerechtigkeit gegen solche Unmenslichkeiten zu setzen. (Zustimmung.) Die deutsche Regierung hat daher durch Vermittlung der Schweizerischen Regierung der Regierung der Vereinigten Staaten zugesagt, daß sie eine künftige und nachträgliche Sühne der Ermordung des Deutschen Prager verlangen, wie auch immer die Zuständigkeit des amerikanischen Gerichtswesens geregelt sein mag. (Beifall.)

Abg. Dr. Müller-Reininger: Ist dem Reichskanzler weiter bekannt, daß die Daily Mail in den letzten Tagen irrtümlicherweise eine Depesche über die Hinrichtung eines Gefangenen hat, und was gedenkt er zur Sühne dieser Tat zu tun?

Gen. Legationsschatzmeister Simon: Die Tatsache, daß auch in anderen Fällen Denkschriften über aus Deutschland Gebürtige von der amerikanischen Bevölkerung in unangenehmer Weise angegriffen und gehandelt worden sind, ist dem Reichskanzler bekannt. (Hört, hört!) Das amerikanische Amt wird allen diesen Fällen nachzugehen und einschreiten, wo es sich um deutsche Kriegsangehörige handelt. Wir können aber nicht ganz die Verantwortung abgeben, da es sich um amerikanische Bürger deutscher Abstammung handelt, weil uns dazu völkerrechtlich die Befugnisse fehlen.

Abg. v. Franzosenfeldt (Katz) bringt zur Sprache, daß in den letzten Tagen...

russischer Soldaten polnischer Abstammung sich anhalten müssen, die nach der Demobilisierung des russischen Heeres infolge des Friedensschlusses im Vertrauen auf die Zusicherungen der deutschen Kommandostellen die deutschen Renten passiv haben und trotz des Besitzes der vorgeschriebenen Legitimationstafeln aufgegriffen worden sind.

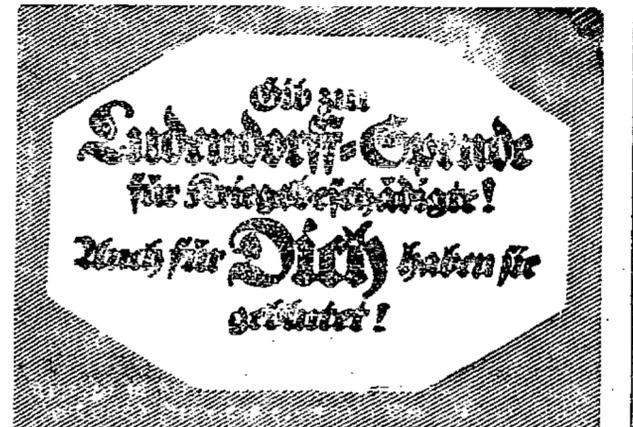
Oberst v. Francesky: Dabei handelt es sich um Leute, die kurz vor Abschluß des Friedens mit der Waffe in der Hand angetroffen wurden und deshalb mit Recht als Kriegsgefangene betrachtet worden sind. Hinsichtlich ihrer Beschäftigung gelten die Bestimmungen, die für alle Kriegsgefangenen maßgebend sind. Die Fälle, in denen die Leute Ausweise besaßen, werden geprüft. Erhebungen darüber sind im Gange, ob im einzelnen Mißgriffe vorgekommen sind. In diesen Fällen wird Abhilfe geschaffen werden.

Es folgen die zurückgestellten Abstimmungen zum Reichsamt des Innern. Die beiden vom Ausschuss gestrichenen Vorträge werden wieder bemittelt. Der Zentrumsantrag auf Errichtung von Beamtenausschüssen bei den Reichsbetrieben wird angenommen. Die sozialdemokratischen Anträge auf Erhöhung der Familienunterstützung und für den Ausbau der Arbeitsvermittlung werden abgelehnt.

Der Haushalt des Reichsamts des Innern ist damit in zweiter Lesung erledigt.

Der Heeresetat.

Die zweite Lesung des Heeresetat wird verbunden mit der ersten Lesung der neu eingebrachten militärischen Gesetzentwürfe. Die Vorlage auf Heranziehung von Heeresuntauglichen zum militärischen Arbeitsdienst steht vor, daß die im wehrpflichtigen Alter stehenden Personen, die durch ein Strafgerichtliches Urteil zum Dienst im Heer und in der Marine unfähig geworden sind und nach den bestehenden Gesetzen auch während eines Krieges nicht zur Verteidigung des Vaterlandes herangezogen werden können, gleichwohl wie jeder andere aber den Schutz des Staates genießen, während der Dauer der Kriegsbereitschaft zum militärischen Arbeitsdienst zu besonderen Formationen herangezogen werden können. Eine zweite Vorlage will die Wehrpflicht dahin ergänzen, daß die ausgebildeten Mannschaften des Landsturms 1. Aufgebots bei Auflösung des Landsturms nicht wieder zum Landsturm zurückziehen sollen, sondern, weil sie sich als völlig kriegsbrauchbar erweisen haben, für den Wehrdienst nutzbar gemacht werden sollen. Je nach ihrem Alter sollen sie zur Reserve oder Landwehr überführt werden. Schließlich bringt eine dritte Vorlage Milderungen im Strafgesetzbuch. Für Leistungsverletzung vor versammelter Mannschaft, Ungehorsam, ausdrückliche Gehoramsverweigerung, Aufzehrung oder Anreizung dazu, sowie wegen ähnlicher Vergehen beträgt nach den geltenden Bestimmungen die Mindeststrafe 14 Tage strenger Arrest. Diese Strafe hat sich als zu hart erwiesen, insbesondere für Aufwühlungshandlungen bei bisheriger Straflosigkeit und guter Führung des Täters. Daher soll mittlerer Arrest zugelassen werden.



Kriegsminister v. Stein gibt zunächst einen Überblick über die Kriegslage im Osten, wie sie aus den Heeresberichten bekannt ist. Roll Bewunderung und voll Dankbarkeit bliden wir heute auf unsere unergiebige Armee. (Lebh. Beifall.) Fast vier Jahre erträgt sie mit gleichbleibender Willensstärke Siegeszuversicht alle Gefahren und Entbehrungen. Der Angriffsgott, der uns im Jahre 1914 in Feindesland führte und der den Krieg im Osten entzündet, ist auch heute noch lebendig. Das Gefühl unbedingter Ueberlegenheit über den Feind, des einzelnen und der Gesamtheit, das Bewußtsein der Kraft und das Vertrauen in unsere Führer wird die Armee auch weiterhin zum Siege entgegen.

Die Operationen in Finnland haben zur Befreiung des Landes geführt. Die Heereskräfte unserer Truppen mehrfach überlegen und stellenweise gut disponierten Feinde gegenüber zeigen sich würdig an die Taten unserer Truppen im Westen. Wir hoffen, in Finnland einen zuverlässigen Freund für die Zukunft zu finden. (Lebh. Zustimmung.) An der Ostgrenze der Ukraine sind die Verhandlungen zur Festlegung der Demarkationslinie im Gange. In den Grenzen flackernd östlicher Kampf mit feindlichen Banden von Zeit zu Zeit noch auf. Im Innern sind friedlicher Entwicklung die Wege geebnet. In der italienischen Front ist die Lage, abgesehen von örtlichen Kampfhandlungen, un verändert. Die nordwestliche Front hält beträchtliche Teile der feindlichen Armeen in Schach. In Palästina sind erneute Angriffe der Engländer über den Jordan an der Tafelberg herüber und türkischer Truppen gescheitert. In Mesopotamien konnte der Engländer die Aufmarschlinie nicht durchbrechen. Im Kaukasus haben unsere kühnen Bundesgenossen die ihnen im Friedensvertrage mit Russland zugesicherten Gebiete Satum, Ardahan und Kars befreit.

Der Kriegsminister bekräftigt nunmehr die drei erwähnten militärischen Vorlagen. Er verweist zur Begründung der Vorlage auf Heranziehung der Heeresuntauglichen zum militärischen Arbeitsdienst auf die lebhaften Klagen und Beschwerden darüber, daß viele Personen in dieser schweren Zeit irgend einer militärischen Dienstleistung nicht unterworfen sind, aber den staatlichen Schutz voll genießen. Gemäß gibt es unter den in Betracht kommenden Leuten auch solche, die von einer schwachen Stunde übermannen, bis für ihr Leben unglücklich gemacht haben und jetzt ernstlich bemüht sind im Verlaufe der Zeit wieder zu geordneten Lebensverhältnissen zurückzuföhren und durch geordnete Arbeit ein nützliches Mitglied der Gemeinschaft zu werden. Diese Personen soll der Geleitensatz nicht treffen. Dagegen ist bekannt, daß unter den anderen viele Elemente sich befinden, die mit die große Unfähigkeit in unseren Großstädten verhalten. Diese Elemente sollten dadurch unschädlich gemacht werden können, daß sie in irgend einer Form zur Arbeit herangezogen werden. Wir wollen mit dem Gesetz nur die Elemente unschädlich machen, die eine Gefahr für die Allgemeinheit bilden. Die vorgeschlagene Milderung der Wehrpflicht bedeutet eine notwendige Modernisierung der Landwehrorganisation. Was schließlich die Kommissare zum Militärstrafgesetzbuch anlangt, so zeigt sich jetzt eine neue Entscheidung. Während in früheren längeren Kriegen die Strafen ständig verschärft werden mußten, können wir immer mehr zu Milderungen übergehen. Dieser Krieg weist eben von allen anderen Kriegen vollständig ab. Die Selbstüberhebung ist durch die modernen Kampfmittel auf eine außerordentlich harte Probe gestellt. Da ist es kein Wunder, wenn sich auch ein gewisser Mensch einmal zu einer Ueberhebung hinreißen läßt. Deshalb sollen bei Vergehen gegen die Unterordnung an Stelle des strengen Arrestes wahlweise Geldstrafe oder strenger Arrest zulässig sein. Für Böswilligkeit und Herabwürdigung steht dann nach wie vor der strenge Arrest zur Verfügung.

Abg. Dr. Wirth (Zentr.): Nach immer kommt es vor, daß Soldaten verboten wird, sich an Abgeordnete zu wenden. (Hört, hört!) Dabei ist gerade dadurch, daß wir Beschwerden haben nachgehen können, viel gebessert worden. In den „Aufklärungskreisen“ wird noch häufig der Reichstag lächerlich gemacht. Die Auffklärungsarbeiten müssen sehr sorgfältig ausgeführt werden. (Sehr richtig!) Für die zurückgeführten Gefangenen, die speziell aus Russland häufig in miserablen Zuständen ankommen, muß besser geforgt werden. Die Bahnpostkommandanturen tun hier nicht immer ihre Pflicht. Dabei sind diese Kommandanturen zum Teil mit Generalen besetzt, die natürlich noch einen großen Stab brauchen. Was ist das für eine Verschwendung! (Sehr wahr!) Fälle von eigentlichen Soldatenmißhandlungen sind mir diesmal erstens sicherer nicht bekannt geworden. Der Erlass über die Sonderbehandlung der eisenbahnführenden Soldaten ist ein politisches Unglück. (Lebh. Zustimmung.) Man packt die Schuldigen, verurteilt aber die Unschuldigen. Bei den jugendlichen Soldaten, die draußen stehen, muß durch tüchtige Leute eine genaue Auswahl der in ihrer Gesundheit Geschädigten stattfinden. Mit der Wiedereingehung scheinbar gesundgewordener muß sehr vorsichtig vorgegangen werden. Das böse Wort: t. v. sind die Leute mit keinen Verbindungen, o. v. die mit guten Verbindungen, a. v. die mit ausgezeichneten Verbindungen, wird zusehends nur in Ausnahmefällen zutreffen. Der Frage der Reklamierten muß erneute Aufmerksamkeit zugewandt werden. Die soziale Gerechtigkeit darf hier nicht verlernt werden. Es ist merkwürdig, wie schnell heute viele Leute einen neuen Beruf beherzigen, für den sie dann reklamiert werden! Nach immer gibt es Familienväter, die im Laufe von zwei Jahren keinerlei Urlaub erhalten haben. (Hört, hört!) Die Verpflegung scheint im allgemeinen zufriedenstellend zu sein, im einzelnen aber passieren auf diesem Gebiete merkwürdige Dinge. In einem Orte Badens kam es vor, daß monatelang den Soldaten die Lebensmittel unterschlagen wurden. Kein Vorgesetzter merkte etwas davon. (Hört, hört!) Die letzten Söhne von Familien, die bereits Söhne verloren haben, müssen alle freigelassen werden. Hier dürfen keine kapitalistischen Untertische gemacht werden. Das würde größere soziale Unzufriedenheit in das Land tragen, als alle Agitation der äußersten Linken. Das Gesetz über die Strafgerichtsplege im Heere begrüßen wir. Die Errichtung der Unterführung an Familien von Soldaten, die wegen irgend eines Vergehens ins Gefängnis kommen, ist eine unerhörte Härte, die sofort beseitigt werden sollte. (Bravo!) Unser Sanitätswesen verdient größere Anerkennung. Ueber die Neurosen-Lazarette sollte das Kriegsministerium ein auffällendes Wort sprechen. Bei den sogenannten Wunderkuren muß jede Heiligkeit vermieden werden. Baden ist jetzt Stappensland. Da machen wir die Erfahrung, daß eine Art Grönungsfieber herrscht und daß man nicht das richtige Verhältnis zur Bevölkerung findet. Freien Bauern, die dagegen protestieren, daß man ihnen die Weite beschlagnahmt, hat man erwidert: „Wenn Sie das Maul nicht halten, werden Sie abgeführt!“ (Lebh. Hört, hört! — Zuruf: Das ist der preussische Militarismus!)

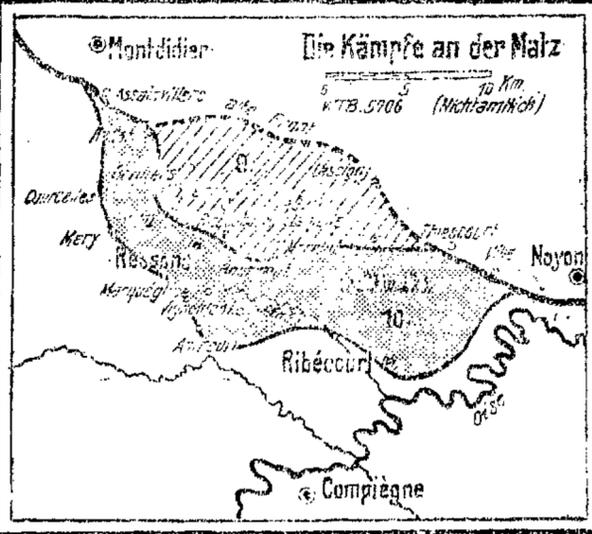
Abg. Schöpflin (Soz.): Der Entwurf über die Heeresuntauglichen muß große Bedenken erregen. Es werden zweifellos bei der Ausführung des Gesetzes eine Unmenge Mißgriffe vorkommen. Der Bezirksfeldwebel und der Polizeibeamte sind am allerwenigsten befähigt, in Fragen zu entscheiden, die besonderen Takt erfordern. Wir beantragen Kommissionsberatung dieses Entwurfs und ebenso des zweiten. Die Milderung der Strafen begrüßen wir. Mit den schönen Worten der Anerkennung für die Soldaten ist diesen wenig gebient, sie ziehen es vor, daß man sich durch die Tat ihrer annimmt. Wir haben eine Reihe von Anträgen in dieser Richtung gestellt: Es müssen jedem Angehörigen des Mannschaftsbestandes, soweit ein Bedürfnis dazu vorliegt, bei der Entlassung aus dem Heeresdienst eine brauchbare Uniform und ein Paar gute Stiefel kostenlos überlassen werden; ferner muß darauf hingewirkt werden, daß den länger als drei Jahre dienenden Mannschaften eine Zulage, nach der Länge der Dienstzeit bemessen, gewährt wird. Die Bezüge der militärischen Friedenspensionäre müssen erhöht werden. Eine große Mißwirtschaft herrscht noch immer im Buchwesen. Große Mißstimmung erregt draußen, daß Leute, die aus dem Arbeiterstande kommen, niemals zu Offiziersstellen zugelassen werden. Das Eiserne Kreuz hat leider kein Ansehen mehr verloren; großer Unmut wird jetzt schon wieder mit dem Verdunetenabzeichen getrieben, das für 1,50 Mk. zu kaufen ist. Die sogenannte freiwillige Erklärung nach der Demobilisation nach vier Monate der Militärverwaltung sich zur Verfügung zu stellen, wird vielfach durch die Drohung erzwungen, daß, wer nicht unterschreibt, an die Front geschickt wird. Solchem Unmut muß gesteuert werden. Die veränderten Kampfmethoden bringen es mit sich, daß der Dienst auf draußen ein sehr harter ist. Viele Notwendigkeiten legen die Soldaten auch ein. Großer Unmut aber herrscht über den unnötigen Drilldienst, der noch immer nebenbei betrieben wird. Das verschlechtert die Stimmung ebenso wie die großen Mängel in der Urlaubsfrage. (Sehr richtig!) Unerhörter Skandal ist es, wenn die Urlaubsgewährung von der Höhe der gezahlten Kriegsanleihe abhängig gemacht wird. Ueber die Behandlung in der Heimat nehmen die Klagen leider zu. Die Presse könnte uns hier sehr unterstützen. Leider aber hält es eine bestimmte Preise für angebracht, wenn wir hier Klagen vorbringen, den Reichstag mit Spott zu überschütten. Es wäre sehr zu wünschen, daß die Presse das christliche Bestreben des Reichstages, die Verhältnisse zu bessern, anerkennen würde. Gerade die Verhandlungen über diese Fragen werden von Soldaten und Offizieren sehr eifrig gelesen. Ein wirksames Eintreten der Presse in diesen Fragen der Behandlung der Soldaten würde mehr wirken, als ein halbes Duzend Erlasse der Heeresverwaltung. Ein unerhörter Zustand ist, daß vielfach Rote-Kreuz-Schwestern den Verduneten die Lebensmittel entziehen und sie ihren Freunden zuführen. Die Qualität der Lebensmittel ist oft so schlecht, daß eine gründliche Offensive gegen dieses Heer von Gaunern und Betrügnern dringend geboten ist. Nach ein Wort zur Politik im Heere. Den Militärminister ist die Veröffentlichung von Anzeigen der Militärkapellen im „Vorwärts“ verboten. Im Reichs-Tag-Reg. 201 hat der Regimentskommandant den „Vorwärts“ und andere sozialdemokratische Blätter beschlagnahmt. In einem anderen Regiment ist ein Mann mit fünf Tagen Mittelarrest bestraft worden, weil er den „Vorwärts“ las. (Hört, hört!) Mit welchem Recht kann man diesen alten Unmut der preussischen Militärverwaltung heute noch weiterführen? Alle Leute, die wegen des Streiks im Januar 1918 eingezogen sind, haben den Vermerk B. 18. Ein Soldat, der mit diesem Vermerk herauskommt, ist geflohen. Jede kleine Verpflüchtigung wird ihm verlag. Ich verstehe, daß die Militärverwaltung diesen Streikenden nicht besonders wohlgesinnt ist, aber das gibt ihr kein Recht, diese Arbeiter jetzt monatelang vermerken zu lassen, die damals meist aus sehr reinen, von ihrem Standpunkt aus guten Motiven in den Streik getreten sind. Der Kriegsminister wird aus der charakteristisch scharfen Rede des Zentrumsredners gemerkt haben, wie schlimm die Dinge tatsächlich werden. Wenn seine Machtmittel zur Abstellung der Mißstände nicht ausreichen, möge er sich an den Kaiser wenden. Am solche Uebel zu beseitigen, begrüße ich jedes Mittel. Ich bitte den Kriegsminister durch eine scharfe Erklärung, die dann vielleicht auch einmal die Offizierspresse bringt, den Offizieren das Gemiffelt zu schärfen. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Dr. Haas (Wpt.): Mit den vorgeschlagenen Milderungen im Militärstrafgesetzbuch sind wir einverstanden. Schwere Bedenken dagegen haben wir gegen die Vorlage über die Heeresuntauglichen. Sie wirkt wie eine neue Bestrafung. Wenn man die Leute braucht, so möge man sie als Soldaten einziehen. (Sehr richtig!) Der Befehl, daß jede schriftstellerische Veröffentlichung eines Soldaten dem Vorgesetzten vorgelegt werden muß, verhindert die Veröffentlichung vieler wertvoller Leistungen. Dagegen wird das Geschrei mancher Kriegsberichterstatter allmählich untragbar. (Zustimmung.) Auch wir müssen Klagen führen über andauernde politische Uebergriffe militärischer Vorgesetzter. Man bedauert doch, daß erwachsene Menschen draußen stehen, die sich eine feste politische Ueberzeugung gebildet haben. Sogar gegen das gleiche Vorgehen wird unter Mißbrauch der Vorgesetzten-Gewalt gearbeitet, obwohl sich der oberste Kriegsherr für das gleiche Vorgehen eingesetzt hat. Nach immer werden alle Leute von der Be-

Erhebung zum Offizier ausgeschlossen, die fernzeit nicht die Verrechnung zum Einjährigendienst auf der Schule erlassen haben. Die unmitelbar ist ein solches Verhalten. Den Dank an die Feldgrauen können wir nicht durch Festreden, sondern nur durch die Tat abtun. (Bravo!) Die Wetterberatung wird auf Mittwoch 1 Uhr vertagt. Schluß 6 1/2 Uhr.

Die Kämpfe im Westen.

Aus dem gestrigen Heeresbericht haben unsere Leser ersehen, daß der deutsche Vormarsch südwestlich und westlich von Noyon weitere Fortschritte gemacht hat. Näheres ist auch auf nachstehender Karte ersichtlich.



Wie bereits am Montag haben auch gestern die Franzosen versucht, durch Gegenangriffe den Vormarsch aufzuhalten. Dieselben sind auch gestern gescheitert, wie der deutsche Abendbericht zeigt:

WTB. Berlin, 11. Juni, abend. (Amtlich.) Am dem Kampffeld südwestlich von Noyon sind erneute Gegenangriffe der Franzosen unter schwersten Verlusten gescheitert.

Von den gegnerischen Heeresberichten sind nur die beiden französischen vom 10. Juni von Belang; sie besagen:

Der deutsche Vorstoß wurde gestern abend und in der Nacht mit der gleichen Erbitterung fortgesetzt. Auf dem linken französischen Flügel wurden mehrmalige heftige Angriffe durch Feuer und Gegenangriffe gebrochen. Das Genommene und wieder eroberte Gelände blieb in unseren Händen. Auf dem rechten französischen Flügel hatten wir uns südlich von Villes, um das lebhaft gekämpft wurde. Die Franzosen machten mehr als 500 Gefangene im Verlauf verschiedener Gefechte. In der Mitte suchte der Feind durch Einzug neuer Kräfte seinen Fortschritt zu erweitern. Es gelang ihm, die südliche Umgebung von Compiègne, den Wald von Reims an der Marne und die Hochfläche von Bellemeuse zu erreichen. Weiter südlich ging der Kampf um den Wald von Thierscourt und Escaurt weiter. Nach übereinstimmenden Aussagen von Gefangenen kostete die Schlacht bisher dem angreifenden Truppen ungeheure Verluste. Nördlich von Reims war der Artilleriekampf ziemlich lebhaft. Die Franzosen ergänzten die Vorbereitung zu der gestern begonnenen Schlacht östlich von Hautebrun und machten 150 Gefangene. Zwischen Darcy und Marne kämpften wir mehrere heftige Angriffe östlich von Villy zurück. In Fortsetzung des Vordringens in der Gegend von Villiers eroberten die französisch-amerikanischen Truppen Gelände, erhöhten die Zahl der Gefangenen auf 250 und erbeuteten 30 Maschinengewehre.

Während des zweiten Tages der Offensive versuchte der Feind durch mächtige und von neuen Streitkräften unaußorücklich verstärkte Angriffe in Richtung auf Etres, St. Denis und Ribécourt vorzudringen. Unsere Truppen leisteten dem Feinde hartnäckigen und zähen Widerstand. Der Feind konnte durch wiederholte Sturmangriffe und um den Preis schwerer Opfer die Dörfer Mery, Bellon und St. Maur nehmen. Die Hochebene von Bellon war der Schauplatz heftigsten Kampfes. Südlich von Reims-Mary sah man die Deutschen in Marquellise Fuß und weiter östlich legte sich die Schlacht auf die südlichen Zugänge von Elincourt fort.

Was der Krieg bringt.

Die Beute im Westen

Die Zahl der Gefangenen, die seit dem 21. März die Entente im Westen an die Deutschen verlor, hat sich auf über 205 000 erhöht, desgleichen ist die Beute, die bisher 2250 betrug, infolge des neuen deutschen Sieges zwischen Montdidier und Noyon gewachsen. Die Entente hat nunmehr auf den verschiedenen Angriffsfrenten das gesamte, auf über 70 Kilometer eingebaute Stellungsmaterial in der ganzen Tiefe der hinter einander liegenden Verteidigungszone mit ungeheuren Munitionslagern, Depots und Bahnen verloren.

Die achte Kriegsanzleihe

hat insgesamt 15 001 425 400 Mark erbracht.

Oesterreich-Ungarn will keine Annexionen.

Der österreichische Außenminister Graf Burian, der augenblicklich auf einige Tage in Berlin weilte, hatte mit dem Wiener Berichterstatter des „N. Ztg.“ eine Unterredung, in der er u. a. sagte: An unserer Friedensbereitschaft hat sich auch heute nichts geändert. Die Monarchie will keine Annexionen. Bisher hat sie vier Friedensverträge unterschrieben. Von diesen vier Friedensverträgen hat kein einziger für uns etwas gebracht, worunter man Eroberung verstehen könnte. Natürlich mußten wir, als wir mit Rumänien, welches uns angegriffen hat, Frieden schließen, danach trachten, unsere bisher ungeschützten Grenzen zu sichern. Das ist so, wie wenn jemand, der geglaubt hatte, daß er sein Haus gegen die Außenwelt genügend mit der Türklinte geschützt hätte, jetzt durch den Schaden belehrt, die Tür mit einem Schloß verriegelt. Es hat mit der Unterjochung fremder Völker nichts zu tun, daß wir in den Karpathenpässen einen beinahe unbewohnten siebenbürgischen Streifen uns angegeschlossen haben. Übrigens letzten schließlich auch die Rumänen den Einbruch, daß wir nicht ihnen nicht übermäßig hart verfahren sind. Der Wiener Schloß: So lange die feindlichen Staatsmänner so

Der amtliche Kriegsbericht.

Französische Gegenangriffe gescheitert. Mehr als 13000 Gefangene.

WTB. Großes Hauptquartier, 12. Juni. (Amtlich.)
Westlicher Kriegsschauplatz.
Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
Artilleriekämpfe in wechselnder Stärke. Die Infanterietätigkeit blieb auf Ersthandsebene beschränkt.

Seeresgruppe Deutsche Kronprinz.

In schwereren Kämpfen hat die Flotte des Generals v. Suttner gestern den erbitterten, zur Wiedernahme des Höhenblocks südwestlich von Noyon geführten großen Gegenangriff mehrerer französischer Divisionen zum Scheitern gebracht. Unter schweren Verlusten wurde der Feind auf seiner ganzen Angriffsfront von Floiron bis Antheuil zurückgeworfen. Seine in großer Zahl zum Einsatz gebrachten Panzerwagen blieben zertrümmert auf dem Kampffeld. Zwischen Mery und Bellon, wo der feindliche Ansturm an unserer Gegenfront scheiterte, dauerten erbitterte Kämpfe bis zur Dunkelheit an. Das westliche Dörfchen nördlich der Marne wurde vom Feinde gesäubert. Die Zahl der von der Flotte eingebrachten Gefangenen hat sich auf mehr als 13000 erhöht. Der Verlust der Höhen südwestlich von Noyon und den Feind zur Räumung seiner Stellungen im Carlepontwalde. Dem auf dem Hüfer der Dörfchen wehenden Feind stehen wir über Carlepont und Caissnes hart nach und erreichten kämpfend die Linie nördlich von Bailly-Tracy-De Nul westlich Nampoes.

Fortwährend und kein Opfer scheuend suchte der Feind seine vergeblichen Anstürme nordwestlich von Chateau-Thierry fort.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorff.

sprechen, wie Lloyd George noch vor drei Tagen, bleibt uns nichts anderes übrig, als entschlossen weiter zu kämpfen. Es ändert aber nichts an unserer innigen Friedensbereitschaft und dem ehrlichen Bestreben, zu einer Verständigung zu gelangen.

Der erste russische Kongreß des Kriegskontingents

fand am 7. Juni in Moskau statt. In einer Rede wies Trotski darauf hin, daß eine revolutionäre Armee gebildet werden müsse, in der nicht die Zwangsdisciplin herrsche. Die erste Aufgabe sei die Umkehrung des Klassenunterschieds in der Armee. Auf der Grundlage der Sowjets müsse die rote Armee geschaffen werden. Unter Programm macht immer den Grundgeden der Verteidigung unserer Arbeiterrevolution und unseres Landes, des Fortschritts der Sozialismus. Um die Wehrpflicht ins Werk zu setzen, müssen nicht nur die Waffen, sondern auch die Männer unseres Landes registriert werden.

Frontveränderung der englischen Arbeiterpartei?

„Dagens Nyheter“ meldet aus London: Das Exekutivkomitee der Arbeiterpartei beschloß, der am 26. Juni in London stattfindenden Jahreskonferenz eine Resolution für Abbruch des Burgfriedens vorzuschlagen. Die Annahme würde den Ministern aus der Arbeiterpartei die Alternative zwischen dem Rücktritt und dem Austritt aus der Partei stellen. Man rechnet mit der Parteispaltung. Der Vorschlag hat um so größere Bedeutung, als die Konferenz die erste seit der Reorganisation der Labour Party ist.

Diese Meldung ist geeignet, das größte Aufsehen zu erregen. Bedeutet doch die Durchführung eines solchen Beschlusses den Bruch der Arbeiterpartei mit der Regierung Lloyd Georges. Es handelt sich hierbei aber, was zu beachten ist, nur um eine vom Exekutivkomitee gefaßte Resolution, über die der am 26. Juni abzuhaltende Kongreß endgültig zu entscheiden hat. Wir sind nach den vielen Erfahrungen, die wir anlässlich der 4 Jahre Weltkrieg mit der englischen Arbeiterpartei gemacht haben, nicht optimistisch genug, um sicher anzunehmen, daß diese Resolution auch die Billigung der Jahreskonferenz findet. Die Regierung wird noch alle Mühen springen lassen, um einen solchen Beschluß zu verhindern. Deshalb heißt es: Abwarten!

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 11. Juni. (Amtlich.) Im Sperrgebiet um England sind neuerdings durch die Tätigkeit unserer U-Boote 10 500 Brutto-Registertonnen Handelschiffraum verloren worden.

Der Chef des Admiraltabes der Marine.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Abbruch der Beratungen über das Arbeitskammergesetz.

Im Reichstagsausschuß zu den Vorberatungen des Arbeitskammergesetzes gab gestern Geheimrat Oberregierungsrat Sieffert im Auftrag des Staatssekretärs des Reichswirtschaftsamts folgende Erklärung: In dem Beschlusse, den der Ausschuß durch Annahme des § 1 Abs. 1 des Antrages Bender und Genossen (Errichtung von Arbeitskammern auf räumlicher Grundlage) ohne Fachkammern, zur Vertretung der besonderen Interessen der Arbeitnehmer neben der Vertretung gemeinsamer Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, fasste, kann die Zustimmung der verbündeten Regierungen nicht in Aussicht gestellt werden. Für keine Person erklärte sich der Herr Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts schon bereit, den Antrag Limborn (Fachkammern für die hauptsächlichsten Industrie-Vertriebsgruppen, und Territorialkammern für die übrigen) zu unterstützen. Diese Erklärung läßt bei der Mehrheit des Ausschusses Widerspruch aus. Nach der ausführlichen Geschäftsordnungserörterung wurde beschlossen, die Verhandlungen bis auf weiteres abzubrechen, um zunächst den Fraktionen Gelegenheit zu geben, Stellung zu der neuen Lage zu nehmen. Für jeden wirklichen Fortschritt auf dem Gebiet des Arbeitskammergesetzes ist also die Regierung nicht zu haben.

Der Verein deutscher Zeitungsverleger gegen die Zensur.

In der Hauptversammlung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, die am Sonntag in Berlin tagte, und die sehr stark besucht war, wurde neben den allgemeinen Fragen, von denen die Presse im Kriege berührt wird, auch Zensurangelegenheiten behandelt. Von vielen Seiten wurden Klagen laut über Ueberschneidungen der Zensur und über die großen Erschwernisse, die sie der Presse bereite. Es wurde eine Entschließung eingebracht, die gegen die politische Zensur Stellung nimmt. Die Entschließung fand einstimmige Annahme.

Für unsere Feldgrauen.

Gebühren bei Urlaub.

Bei Urlaub zur Aufnahme der Arbeit im Zivilberuf bis zur Beendigung des Entlassungsverfahrens bestand bisher Anspruch auf Wohnung, Verpflegungsgeld und Freizeit. Das ist nunmehr erheblich eingeschränkt worden. Diese Gebührene haben nur noch den Mannschaften zu, die als dienjunbrauchbar bis zum Abschluß des Rentverfahrens beurteilt werden. Wer aber z. B. als Nacharbeiter zur Aufnahme der Arbeit vorübergehend aus dem Heere entlassen und bis zu dieser Entlassung einwilligen beurlaubt wird, der hat auf Gebühren irgendwelcher Art keinen Anspruch.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Mittwoch, 12. Juni.

Legitimationszwang beim Kauf von Schuhwaren.

Häufig sah man in den Großläden in der letzten Zeit starke Menschenansammlungen vor den Schuhgeschäften, in denen das Eintreffen einer Sendung Ledersehuhwert erwartet wurde. Nicht selten kauften diese ganze Nächte hindurch, um am nächsten Morgen unter den ersten in das Geschäft gelassen zu werden. Es kann nicht wundernehmen, daß diese „Schuhpolonien“ Unwillen erregten.

Die Reichsstelle für Schuhverjorgung beschäftigte sich schon bald nach ihrer Gründung mit dieser merkwürdigen Erscheinung. Sie veranstaltete eine Kundfrage bei den größeren Kommunalverwaltungen und brachte die Frage sowohl im Verwaltungsbeamtenausschuß wie in ihrem Beirat zur Sprache. Bei diesen Beratungen ergaben sich viele Einwendungen gegen die allgemeine Einführung von Kundenkarten, wie sie von manchen Kommunalverwaltungen zur Abhilfe gegen jenen Mißstand eingeführt worden waren.

Zugleich zeigte es sich, daß die Schuhpolonien wesentlich aus zwei Gründen einen solchen Umfang angenommen hätten. Einmal war es die Handhabung mancher Schuhgeschäfte, das erwartete Eintreffen neuer Schuhsendungen vorher anzukündigen oder für den Verkauf des Ledersehuhwert besondere Verkaufstage und -stunden festzusetzen, die dann zu dem angekündigten Termine einen starken Zustrom von Kaufwilligen zur Folge haben mußte. Sodann ließ der Umstand die Polonien so stark anschwellen, daß vielfach Schieber und Schleihändler mit gefälschten oder doch unrechtmäßig erworbenen Schuhbedarfscheinen gewissermaßen gemerksam alle Gelegenheiten auszunutzen suchten, um sich in den Besitz von Ledersehuhwert zu setzen und dieses dann nach Fälligkeit oder Beseitigung der aufgekauften Preise mit Wuchererwerb weiter zu verkaufen. Manche Schuhwarenhändler berichteten aus ihrer Erfahrung, daß bis zu zwei Drittel aller ankommenden Schuhbedarfscheine vorzeitigem Diebstahl, die augenblicklich nicht ihr rechtmäßiger Besitz waren; ein Anzeichen der Gerechtigkeit führte aber nicht selten zu lärmenden Austritten, bei denen das Publikum noch für die Inhaber der gefälschten Scheine Partei ergrieff.

Die Reichsstelle für Schuhverjorgung erachtete es danach für nötig, zunächst einmal durch Anordnung des Legitimationszwanges gegen diese Mißstände einzuschreiten. In der Bekanntmachung über die Regelung des Verkaufs von Schuhwert im Kleinhandel vom 8. Juni ist das nunmehr geschehen.

Jeder Schuhwarenhändler ist künftig verpflichtet, vor Ueberlassung bedarfscheinpflichtiger Schuhwert von dem Empfänger die Vorlegung eines Ausweises über seine Person zu verlangen. Zum Ausweis über die Person können handelsrechtliche Personalausweiskarten, wie Geburtscheine und Ehrlichkeitsurkunden, ferner Militärpässe, Reiseausweise und Heiratscheine dienen. Der Kommunalverbanden wird freigestellt, außerdem auch noch andere näher zu bezeichnende Urkunden als Ausweise für gültig zu erklären; in keinem Falle sind sie aber besagt, die in der Bekanntmachung namentlich genannten Urkunden als Legitimationspapiere anzuzuführen, da sonst die Kommunalverbände hierdurch die Freizügigkeit der Schuhbedarfscheine praktisch aufheben könnten. Wer für einen anderen Schuh kaufen will, muß außer einem schriftlichen Auftrag auch noch einen Ausweis dieser Person vorlegen können. Die Vollmacht erübrigt sich nur, wenn der Haushaltungsvorstand für ein Familienmitglied Schuhe erwerben will und dieser Haushaltungsvorstand in dem vorgewiesenen Schuhbedarfschein ausdrücklich als Antragsteller genannt ist.

Weiter ist den Schuhwarenhändlern die vorherige Ankündigung von Verkaufstagen und vom Eingang neuer Warensendungen wie überhaupt alles verboten, was geeignet ist, Anstimmungen vor den Schuhwarengeschäften hervorzurufen; es ist dabei aber ausdrücklich hervorzuheben, daß Ankündigungen, wannam Waren oder bestimmte Gattungen oder Größen nicht vorhanden sind, diesem Verbot nicht unterliegen.

Endlich bestimmt die Bekanntmachung noch, daß alle anderen wichtigen Anordnungen über die Regelung des Verkaufs von Schuhwert, wie etwa die Einführung von Kundenkarten, der Genehmigung der Reichsstelle für Schuhverjorgung bedürfen. Wenn die Gemeinden bereits Kundenkarten vorgeführt haben, wird vorausgesetzt die Genehmigung der Reichsstelle nachträglich unter Bedingungen erteilt werden, die die Freizügigkeit der Schuhbedarfscheine fördern und unnötige Erschwernisse des Handels hinführen. Wo Kundenkarten noch nicht eingeführt sind, dürfte es sich empfehlen, zunächst einmal die Wirkung des jetzt allgemein vorgeführten Legitimationszwanges abzuwarten. Es ist zu hoffen, daß die neue Anordnung der Reichsstelle für Schuhverjorgung dazu beiträgt, die Anstimmungen vor den Schuhgeschäften zu verringern. Es wird nicht verkannt, daß gegen sie nicht ganz mit Unrecht der Einwand einer neuen Vertiefung des Publikums erhoben und ihr bürokratischer Charakter betont werden kann; aber derartige Einwendungen wiegen doch nicht so schwer, wie die Mischstände, gegen die sich die Anordnung richtet.

Ablieferung der Kanin-, Hasen- und Kagenfelle. Noch immer ist nicht allen bekannt, daß rote Kanin-, Kagen- und Hasenfelle bei den Sammelstellen der Kriegsfell-V.G. abgeliefert werden müssen. Im libeckischen Staatsgebiet sind mit den Wahrnehmungen einer Sammelstelle beauftragt: 1. Herr Farts, Lübeck, Neierstraße 21; 2. Herr R. Heid, Wertheimer, Chemische Fabrik, Lübeck-Schiffap; 3. Herr Plagmeister Bunge, Hochfenwerk, Lübeck. Wer ein Tier der genannten Arten geschlachtet hat, wende sich möglichst bald an einen dieser Sammler und hole sich Rat über die angemessene Behandlung der Felle.

Die erste Kunstausstellung der Oberbeck-Gesellschaft ist Ende Mai in dem stillen Patrizierhaus Königstraße 9 eröffnet worden und wird bis Ende Juni ihre Schätze allen denen zeigen, die ihr einen die Mühe lohnenden Besuch abtatten. Wer allerdings in einer großen Häufung der ausgestellten Werke den Gradmesser für den Wert einer Kunstschau zu erkennen geneigt ist, der wird enttäuscht werden, denn eine Waffenausstellung, die leicht verwirrt, ist weder beabsichtigt noch zur Tat geworden. Gerade darin, daß sie in intimen Räumen in möglichst stattdiger Zahl Werke weniger Künstler bringt, liegt ihr besonderer Wert, denn sie gewährt einen tieferen Einblick in deren Schaffen und trägt so zu der Erkenntnis von deren charakteristischen Jügen bei. Den größten Raum in dieser Oberbeck-Ausstellung nimmt Gottfried

Witt ein, der 1850 als Sohn eines Lübecker Volksschullehrers geboren wurde. Seine Hauptwerke sind in der sächsischen Hauptstadt entstanden, wo er bis zu seinem am 9. Januar 1915 erfolgten Tode wohnte. Und Dresden lieferte ihm auch die Motive zu den prächtigsten Zeichnungen und Gemälden, von denen 21 ausgestellt sind. In den lebendigen malerischen Stadtbildern vereinigt sich die Kunst Kuehls mit der Schönheit von Elbflorenz. Ein Schüler Kuehls, Ferdinand Dorich, hat seines Meisters Kritik mit dem klugen, gültigen Ausdruck in einem Bilde lebensvoll wiedergegeben, das in der Ausstellung sichtbar ist. So gestaltet sich letztere zu einer verdienten Ehrung Kuehls. Sehr interessant und reich ist auch das ausgestellte vollständige Radierwerk des bekannten Lübecker Zeichners Heinrich Schmidt. Der Lübecker Linde-Kalter ist mit acht hübschen Kinderbildnissen vertreten. Friedrich Overbecks „Christus und die Samaritaner“ und des vor kurzem in Paris verstorbenen französischen Meisters Auguste Rodin Plastik „Erwachende“ sind sehr wertvolle Objekte der Ausstellung. Die so geliebte Kunstpflege der Overbeck-Gesellschaft erscheint uns recht verdienstlich.

Der Vorstand des Vereins für Ferienkolonien teilt uns mit: Die Auswahl der diesjährigen Ferienkolonisten — 300 nach Travemünde, 10 nach Oldesloe — ist getroffen. Die erste Kolonie — 100 Knaben — wird am 29. Juni das Haus auf dem Primwall beziehen. Die Anmeldungen der Kinder waren in diesem Jahre zahlreicher als im vorigen — 514 gegen 428. Von den 282 gemeldeten Knaben konnten in 2 Kolonien mehr als 200, von den 232 Mädchen, für die nur eine Kolonie zur Verfügung stand, wenig mehr als 100 Berücksichtigung finden. Wie in den Vorjahren wurden solche Kinder, deren Vater für das Vaterland kämpft oder gefallen ist, bei der Auswahl bevorzugt. In den nächsten Tagen werden die Auserwählten durch ihre Kolonien nähere Mitteilung über Zeit und Ort ihrer Kolonie erhalten, auch möge ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß die Kinder der Ferienkolonien in Travemünde zwar wie immer, möglichst gut und reichlich versorgt werden sollen, daß es aber als selbstverständlich gefordert werden muß, daß sie in der Vorkonsumsammlung nicht nur ihre Brot-, Fleisch- und Kartoffelarten, sowie ein Stück Seife, sondern auch ihre Lebensmittelsücker mitbringen und abliefern. Zu diesem Zweck müssen sie, sofern sie ein eigenes Buch noch nicht besitzen, aus dem Lebensmittelsücker der Eltern während der Zeit des Ferienaufenthalts auscheiden und sich von der Behörde ein auf ihrem Namen lautendes Buch herstellen lassen.

Ludendorff-Spende. Es gingen weiter ein von dem Bankhaus Louis Wolff, A.-G., 5000 Mk., von der Firma Fr. Ewers & Co., A.-G., 5000 Mk., von der Landwirtschaftskammer 2500 Mk., von der Firma Ewers & Kiesner 1000 Mk., vom Lübecker Apotheker-Verein 1000 Mk., von der Lübecker Genossenschaftsbäckerei 1000 Mk., von der Holzhandlung Fr. Ewers 1000 Mk., von der Gustav-Adolf-Stiftung 1000 Mk., von Herrn Wd. Rose 1000 Mk., von Herrn Rentner Friedrich Bökel 1000 Mk. und von R. N. 1000 Mk.

Travemünde. Ludendorff-Spende. Man schreibt uns: In unserem kürzlich gebrachten Hinweis über die Veranstaltungen zugunsten der Ludendorff-Spende ist bei der Besprechung der Passagierlilge auf Flugzeugapparaten insofern ein Versehen unterlaufen, als der Preis für jeden Flug nicht 50 Mark, sondern 300 Mark beträgt. Anmeldungen zur Teilnahme an den Flügen nimmt die Behörde für Travemünde entgegen. — Dem Werbeschluß für Travemünde sind an größeren Spenden überzumeisen worden von Herrn Kurhausbesitzer Fris Brüggemann 1000 Mk., von

Herrn Hofbesitzer Friedrich Ewers, Ewershof, 1000 Mk., von der Flugzeugwerft Travemünde 1000 Mark. — Das erste Spendenverzeichnis wird in den nächsten Tagen in dem Anzeigenteil unseres Blattes veröffentlicht.

Dassow. Das Feuer, über welches wir gestern berichteten, kam bei dem Hauswirt Harms in Volksdorf zum Ausbruch.

Hamburg. Neue Riesenwerft. Die „Gute Hoffnungs-Hütte“, Aktien-Verein für Verabau und Düttelstein in Oberhausen (Dankelkonzern), die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft in Berlin und die Hamburg-Amerika-Linie haben sich vereinigt zum Bau und Betrieb einer neuen Schiffwerft in Hamburg (Kintenerwerder). Das Aktienkapital ist vorläufig nur auf 10 Millionen Mark bestimmt. Trotzdem dürfte diese Werft eine der größten deutschen Schiffbauunternehmungen werden. Besonders soll auch der Bau von Schiffen, deren Antrieb durch Hochdruckturbinen bewirkt wird, gepflegt werden. Das Gelände in vom Hamburger Staat der Gesellschaft zurüch auf 75 Jahre überlassen worden. Die Riesen der neuen Unternehmung ist „Deutsche Werft, Aktien-Gesellschaft“.

Altona. Todlicher Sturz aus dem Fenster. Dienstag die Witwe Sch. aus ihrer im dritten Stock eines Hauses in der Kleinen Steinstraße bezogenen Wohnung auf das Straßengestühl und war sofort tot. Die Frau war seit zwei Jahren schwer leidend.

Harburg. Ein großer Diebstahl im Werte von etwa 50 000 Mark ist in Wilhelmsburg verübt worden. Der größte Teil davon wurde in Hamburg gefunden, der Rest (für ungefähr 15 000 Mark) in Harburg bei dem Kohlenhändler Nieber. Dieser ist verhaftet und mit ihm ein Mann, der in dem dringenden Verdacht der Hehlerei steht. In Wilhelmsburg sind bereits zehn Personen festgenommen, die mit dem Diebstahl in Verbindung stehen. — Auf dem Hofe des Verhafteten N. wurde ein fischgeschlachtetes Kind, das von Geheimtötung herrührt, gefunden. Verhaftet wurden ferner eine Bauersfrau und zwei Fischhändler. Einer der Händler hat schon früher für Nieber drei Kühe und drei Ochsen heimlich geschlachtet.

Kiel. Landesverrat. Das Außerordentliche Kriegsgericht verurteilte den Schlosser Hugo Lindigkeit aus Hamburg wegen Landesverrats zu zwei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust und den Schlosser Jonny Wannenitz aus Stellingen wegen Beihilfe zum Landesverrat zu neun Monaten Gefängnis. Beide waren nach der Germaniawerft zur Arbeitsleistung kommandiert und haben die Kriegsmacht des Deutschen Reiches dadurch geschädigt, daß sie Zubehörsgegenstände von einem im Bau befindlichen Kriegsschiff beiseite schafften. Die Verhandlung fand wegen Gefährdung der Staatsicherheit unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. — Verbotene Mietveränderungen und Wohnungsfündigungen. Die Zahl der Uebertretungen der hierfür in Frage kommenden Verordnungen des Gouverneurs muß doch recht groß sein, denn der größte Teil der Verhandlungen fast aller Kriegsgerichtsungen betrifft solche Uebertretungen. So wurde der Tiefbauunternehmer Fris Reese, Schauenburgerstraße 47, der seinen Mietern die Miete zu hoch gesteigert und diesen auch verbotswidrig gekündigt hatte, zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Fräulein Johanna Boller, Fehlfstraße 2, erhielt wegen verbotswidriger Mietsteigerung 40 Mk. und die Ehefrau Pauline Schulte, Knoopweg 106, 10 Mk. Geldstrafe. In einigen anderen Fällen erfolgte Freisprechung.

Übensurg i. Gr. Eine gräßliche Bluttat brachte am Sonntag morgen in Upen größte Aufregung. Der U-Boot-Obermaschinenmaat Gustav Rieger, welcher in Augustfehn im Gasthofe der Frau Sinf wohnte, begab sich von dort aus früh gegen

10 Uhr nach hier in das Haus des Kaufmanns Detering, um dort mit der ältesten 21 Jahre alten Tochter des Hauses eine Unterredung herbeizuführen. Die Abwesende mußte erst herbeigeholt werden und wurde dann nach ihrem Eintreffen in kurzer Unterredung von Rieger in den Kopf geschossen. Der Tod trat sofort ein, und konnte der schnell herbeigerufene Arzt denselben nur noch feststellen. Der Täter entfloh zunächst in der Richtung nach Godenshof und wollte dann nach Augustfehn zurück, wo er sich bei Frau Sinf ein Mittagessen bestellte. Kurz nach 12 Uhr wurde er festgenommen. Die Tat geschah er ruhig ein, doch wird die gerichtliche Untersuchung wohl erst das Nähere ergeben. Rieger, der etwa 27 Jahre alt ist, wurde der Staatsanwaltschaft in Übensurg anvertraut.

Aus der Partei.

Verfassungsfeier in Dänemark. Die sozialdemokratischen und radikalen Parteien Dänemarks gefeierten den 5. Juni, den ersten Verfassungstag nach Inkrafttreten der neuen Verfassung, zu einer großen Feier. In Kopenhagen kamen zur Mittagszeit über 50 000 Arbeiter unter freiem Himmel zusammen, um bis zum Abend die Einführung der erweiterten politischen Rechte in Dänemark in ausdrucksvoller Weise zu feiern. Zwölf der hervorragendsten Persönlichkeiten der dänischen Partei und Arbeiterschaft, darunter Frau Nina Bang und Minister Stangning, sprachen von drei Tribünen über die gegenwärtige weltpolitische Lage, die Neutralität Dänemarks, die Interessen der Arbeiterschaft und den Sozialismus. Die Redner gaben der Hoffnung Ausdruck, daß es den Arbeitern und dem Weltsozialismus gelingen möge, den Frieden baldigst herbeizuführen. Mit den Radikalen, die zu gleicher Zeit unter Beteiligung von über 20 000 Personen, ebenfalls eine Versammlung unter freiem Himmel abhielten, wurden durch Abordnungen Glückwünsche ausgetauscht. Der Hauptredner der Radikalen, Ministerpräsident Zahlb., erbeterte den Verfassungs- und Wahlkampf, ferner die Zusammenarbeit zwischen den nordischen Ländern und erhoffte einen glücklichen Verlauf der bevorstehenden Verhandlungen mit Island. Zahlb. schloß seine Rede mit einem Hoch auf die neue Verfassung.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Maggi.

Infolge der anhaltenden Steigerung der Rohstoffpreise und der Betriebskosten sah auch die Maggi-Gesellschaft sich gezwungen, die bisher eingehaltenen Friedenspreise zu erhöhen.

Die neuen amtlich genehmigten Preise sind:
Maggi's Würze in Originalflaschen Nr. 3 (etwa 250 Gramm) M. 2.45
" " in grossen Flaschen Nr. 6 (etwa 1400 Gramm) M. 8.50
Der neue Nachfüllpreis für 100 Gramm Maggi's Würze beträgt 65 Pfg.
Maggi's Fleischbrühwürfel kosten künftig im Einzelverkauf 5 Pfg.
Der anerkannte Ruf der Maggi-Gesellschaft bürgt für die Qualität ihrer Erzeugnisse. 2763

Bekanntmachung.

Der Knochenverkauf in der Markthalle

findet in dieser Woche nicht statt, da nicht genügend Knochen zur Verfügung stehen.

Lübeck, den 11. Juni 1915. (2758)

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung.

Auf den Abschnitt 29 der Bezugskarte für Eier des Lebensmittelkartenheftes und der Lebensmittelkarte kann in der Zeit vom 18. bis 22. Juni ein Ei zum Preise von 35 Pfg. verabfolgt und entnommen werden.

Lübeck, den 12. Juni 1915. (2762)

Das Polizeiamt.

Für unser Werk Würgendorf (Bahnstrecke Köln-Gießen) werden zum sofortigen Eintritt

200 Mädchen

über 18 Jahre und

100 kräftige Arbeiter

gesucht.

Sprengstofffabriken Koppcke Akt.-Gesellschaft
Würgendorf (Kreis Siegen). 2752

Konsumverein für Lübeck u. Umg.

e. G. m. b. H.

Wir haben größere Posten

leere Blech-Marmeladeneimer mit Deckel,

Marmeladenbüchel, Zigaretten und

Margarinestangen

auf unserem Lager, Hansstraße 160, abzugeben.

Frau sucht Beschäftigung

in Bekleidungsbranche.

Gesucht zum Juli oder Oktob. eine 2-Zimmer-Wohnung oder ein Zimmer mit Küche. Ang. an O. G. & an die Ges. (2767)

Die Verlobung unserer Tochter **Mina** mit Herrn **Rudolf Scheel**, Wittenberge, zfl. Lübeck, beehren sich anzuzeigen

F. Kelling und Frau.
Schwartau, 10. Juni 1915.

Durch seinen Leutnant erhielten wir die tieftraurige Nachricht, daß unser herzsguter Sohn, Bruder, Schwager und Neffe

Otto
Führer der Fuhrpartei 107, im 23. Lebensjahre in der Nacht zum 24. Mai in treuer Pflichterfüllung eines schwierigen Auftrages dem grausamen Kette zum Opfer gefallen ist. 2763

In tiefstem Schmerz
Johannes Evers u. Frau
nebst Kindern, Großmutter und allen Angehörigen.
Lübeck, Engelgrube 48/3.

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Lübeck.
Als weitere Opfer des Weltkrieges fielen unsere treuen Kollegen
Wilhelm Bruhn
S. Offizier,
Wilhelm Eichhof
Metzer,
Otto Evers
Reiserei-Arbeiter.
Wir werden denselben ein ehrendes Andenken bewahren.
2760 Die Ortsverwaltung.

Unterhalt. Klappbordwagen
zu verk. Alsterde 15, II. (2771)

Zu verkaufen gepolst. Kinderklappstuhl mit Spielzeug.
2767 — Rahmur, 83, I, II.

Ca. 10 Ruten Land zu pachten, liegt a. lieb. u. d. Golfplatz. Ang. u. SOK an die Ges. (2766)

Konsumverein für Lübeck u. Umg., e. G. m. b. H.

Im den Preis für unsere beliebten

großen Flaschen Brause und Selter

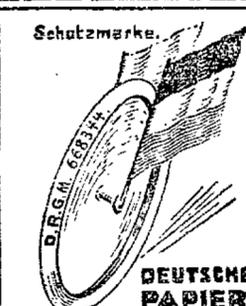
nicht erhöhen zu müssen, waren wir genötigt, das Flaschenpfand um 10 Pf. auf 30 Pf. heraufzusetzen. Trotz dieser höheren Berechnung des Flaschenpfandes bleiben die Flaschen aber unser Eigentum und sind unverkäuflich. Die Neuanschaffung der Flaschen sowohl wie die der Gummischeiben ist außerordentlich schwierig. Wir bitten deshalb unsere werthen Mitglieder, leere Flaschen niemals zu anderen Zwecken zu gebrauchen und stets möglichst bald abzuliefern.

Der Vorstand. 2749

Jugendausschub. 2769
Morgen, Donnerstag, abends 8 Uhr
Sitzung im Jugendheim.
Zu kaufen gesucht (2754)
Gansstaudslumpen, Knochen, Eisen, Papier, Zellulose, zu höchstem Tagespreis.
Karl Kleinfeld, Waißenbofstr. 25.
Telephon 2430.

Moising.
Sozialdemokratischer Verein
Sonntag, den 15. Juni
abends 8 1/2 Uhr
Mitglieder-Frauenversammlung
Zugesordnung:
1. Die Frauenarbeit während des Krieges und nachher.
Referentin: Genossin Louise Jaekst, Lübeck.
2. Ausprache.
Zahlreiches Erscheinen erwartet.
Der Vorstand.

Hansa-Theater.
Operetten-Gastspiel.
Heute abend 8 Uhr: (2755)
Ein Walzertraum.

Schutzmarke.

Tausende im Gebrauch, keine Reparaturen, geringe Abnutzung, leichter, geräuschloser Gang, wie Vollgummi, keine rostenden Teile, kein Anbohren der Felge. Prospekte kostenlos. Vertreter gesucht.
Gen.-Vertr. f. Norddeutschland
Nicolaus Fleck, 2766
Hamburg 3, Michaelisstr. 10.

Glasheiben
aller Art off.
D. Tausch, Glashandl., 2767
Fleischhauerstr. 35, Fernr. 2505

Kaninchenzucht-Verein
für Lübeck u. Umgegend von 1895.
Außerordentliche Vereins-Versammlung.
am Donnerstag, dem 13. Juni
abends 9 Uhr
Im Vereinslokal, Lindenstraße.
Betr. Allgemeine Ausstellung.
Zahlreiches Erscheinen erwünscht.
Der Vorstand.

Dr. med. Dornseifer
Nehme meine Sprechstunde wieder auf. 2764

Stadthallen-Theater.
Direktion: Stanislaus Fuchs. 2759
Mittwoch, den 12. Juni 1915:
Gastspiel von **Max Reichel**

Wiener Blut.
Donnerstag, d. 13. Juni 1915:
Der Vogelhändler.

Freitag, den 14. Juni 1915:
Die Ehre.
Schauspiel von H. Sudermann.
Anfang der Vorstellungen
5 Uhr.

Die Besitzsteuern im Hauptauschuß.

Den Vorsitz in der Sitzung am Montag führte noch der bisherige Vorsitzende Lehrenbach, der mitteilt, daß die Wahl eines neuen Vorsitzenden auf Wunsch mehrerer Fraktionen nochmals im Seniorenratungsbüro beraten werden solle. Die Wahl erfolgt am Dienstag.

Schatzsekretär Graf Rodeborn erklärt, daß eine Mehrheit des Bundesrats auf den Boden der Besitzsteueranträge steht, soweit die Punkte 2 und 3 in Frage kämen (erhöhte Kriegsabgabe von der Einkommensvermehrung während des Krieges sowie Ergänzungsabgabe vom Vermögen). Hierbei soll aber als untere Grenze nicht 20 Mill., sondern 50 000 Mk. festgesetzt werden. Von diesen beiden Steuern, über die eine entsprechende Regierungsvorlage noch im Laufe der jetzigen Beratungen ausgearbeitet werden könne, errechnete man einen Betrag von rund 1200 Millionen. Ganz bestimmt hoffe aber die Regierung, die bei der Zustimmung zu diesen Vorschlägen manche grundsätzlichen Bedenken zurückgestellt habe, auf die gleichzeitige Annahme aller vorgeschlagenen indirekten Steuern. Dem Steuergerichtshof werde der Bundesrat in seiner Mehrheit ebenfalls zustimmen, doch werde vorgeschlagen, seine Zuständigkeit auf die Umjahsteuer zu beschränken.

Müller-Julda (Z.) erklärt sein Einverständnis mit den Vorschlägen des Schatzsekretärs.

Gröber (Z.): Auch er sehe eine Verbesserung in dem Vorschlag der Regierung, die Vermögensbesteuerung erst bei 50 000 anstatt bei 20 000 Mark beginnen zu lassen. Dem zu schaffenden Steuergerichtshof müßten jedoch alle Steuern unterstellt werden, eine Auswahl nach dem Vorschlag des Schatzsekretärs sei nicht angängig. Diese Darlegung werden von Junk (Nat.) unterstützt. Wir müssen einen Reichsfinanzgerichtshof nach dem Muster des Reichsgerichts haben.

Graf Rodeborn: Den Anfangsjahr von 50 000 Mk. habe er nur beispielsweise genannt; die Frage müsse im Zusammenhang mit der Durchstufung nochmals gemeinsam geprüft werden. Es sei nicht ausgeschlossen, daß man zu dem Vorschlag von 100 000 Mk. kommen werde. Was den Steuergerichtshof anlangt, so solle man die Kompetenz der Frage nicht übersehen. Die Umjahsteuer solle ganz bestimmt überwiesen werden; über die anderen Steuern werde man sich zu verständigen wissen.

Wahrhaft (Sp.) ist aus Prinzip nach wie vor gegen jede direkte Reichsteuer, er zieht Umlage durch Matrifalarbeiträge vor, will aber dem Punkt 2 des gemeinsamen Antrags der vier Parteien zustimmen.

Leising (Sp.) bezieht die Erklärung des Schatzsekretärs als entgegenkommend. Im übrigen habe er die ganzen diesjährigen Steuererlagen für ein Flächwerk. Keiner der einzelstaatlichen Finanzminister würde in seiner Verwaltung eine solche Steuerpolitik, die auf den Staatsbankrott hinauslaufe, verantworten wollen. Mit dem hartnäckigen Widerstand gegen direkte Reichsteuern gehe es einfach nicht mehr.

Stresemann (Nat.): So sehr der Vorschlag der Regierung anzuerkennen sei, so sehr bedauere er die Ausschaltung des Vorschlags der vier Parteien zu Punkt 1 (Kriegsabgabe vom Einkommen). Man müsse sich vorbehalten, in irgendeiner späteren Situation auf die Erfassung des Einkommens zurückzugreifen. Wahrscheinlich werde uns der Herbst vor neuen Steuervorlagen stellen.

Graf Bestarp (R.): Seine Partei stimme der weiteren Besteuerung der Kriegsgewinne zu, habe aber Sicherungen gegen ungerechte Veranlagung, wie sie namentlich bei der Landwirtschaft möglich sei, für notwendig. Gegen die Ergänzungsabgabe vom Vermögen habe er die stärksten Bedenken, doch müsse er die Entscheidung seiner Fraktion abwarten. Eine Zustimmung der Konservativen zu dem Kompromiß hänge von der Gesamtbewilligung der indirekten Steuern ab.

Reil (Soz.): Der Steuergerichtshof muß kommen und sich auf alle Reichsteuern erstrecken. Über die Stellung meiner Fraktion zu dem ganzen Programm der Verbrauchssteuern kann ich heute eine Erklärung nicht abgeben. Wir haben keinen Anlaß, den Erfolg, der in den Angehörigen des Reichstages liegt, zu verkleinern, dürfen wir ihn doch in erster Linie auf unser Konto setzen. Festzustellen ist auch, daß der ganze Reichstag eine stärkere Erfassung des Besitzes fordert. Für den von den konservativen Parteien vorgeschlagenen Weg über die Matrifalarbeiträge werden sich aber die Bundesstaaten bedanken. Er würde nur zur weiteren Zersplitterung der Steuererhebung führen. Die wirklichen Interessen erfordern Vereinheitlichung. Die Erklärungen der Regierung bilden aber doch nur einen Teilerfolg. Für uns war das Entscheidende, die Besitzsteuerquelle anzuhohern und einen möglichst hohen Ertrag herauszuholen. Es ist bedauerlich und führt zu Härten, das einfache Einkommen frei zu lassen, mag es noch so groß sein, das Vermögen aber schon bei einem Ertrag von 2-3000 Mark zu erfassen. Es liegt in der Macht des Reichstages, den ganzen Antrag Groeber durchzuführen. Beim Mehrheitsbescheid wird darauf verzichtet, so gleicht der Beschluß der Ehrentaucher Springprozession. Heute sind wir so weit, daß der Reichstag der Regierung Einnahmen anbietet und aufdrängt, die die Regierung zurückweist im Widerspruch mit den Reichsinteressen. Je mehr das Volk erkennt, daß unsere Finanzpolitik eine unsolide ist, desto größer wird das Mißtrauen. Wir können so nicht weiter machen, zumal wir keine Sicherheit für einen baldigen Frieden haben. Bei uns sind die großen Einkommen im allergrößten Maße mit 30 Prozent, in England schon von 50 000 Mark ab mit 55 Prozent belastet. Unsere Erbschaftsteuerantrag schiebt man lediglich aus taktischen Gründen immer weiter hinaus, nur um eine Kompensationsreserve für künftige Verbrauchssteuern zu haben. Dem Reiche entgehen damit jährlich Hunderte von Millionen. Ein sachlicher Einwand gegen den Ausbau der Erbschaftsteuer in unserem Sinne ist nicht erhoben worden und nicht möglich. Man sollte bedenken, wie es im Volke wirkt, wenn die Regierung sich stets schuldig vor dem Volke stellt. Man reißt eine Verbrauchssteuer an die andere und hat bis jetzt noch keine einzige dauernde Besitzsteuer geschaffen. Zuerst müssen die Besitzsteuern erschöpft und dann erst den anderen Quellen nachgegangen werden. Das würde auch ernüchternd auf die Anwohner einwirken, bei denen die materiellen Interessen alle ethischen und Gefühlsregungen überwiegen. Durch die steuerliche Schonung der Besitzenden, die den Krieg materiell noch nicht zu spüren bekommen haben, wird die Vaterlandspartei begünstigt. Diese Kreise müssen endlich einmal erfahren, wie der Krieg materiell wirkt, darum empfehle er den sozialdemokratischen Erbschaftsteuerantrag.

Abg. Bernstein: Der Verlan der Debatte hat die Unzulänglichkeit unserer Steuererhebung klar erwiesen. Wir stehen vor einer ungeheuren Verschuldung des Reiches, die Ausgaben wachsen in stärkerem Maße als wie die Einnahmen, die geschaffen werden. Die jetzt gemachten Vorschläge gehen der notwendigen Besteuerung des Einkommens wieder aus dem Wege. Eine solche Steuer darf nicht bis nach dem Ende des Krieges verschoben werden. Die Belastung des Besitzes ist auf die Dauer nicht zu umgehen. Die Hinausschiebung der Abbildung unserer Reichsschulden verschlimmert unsere Lage. Bei einer scharfen Erfassung des Besitzes würden wir weit rascher zum Frieden kommen. Redner tritt dann für den auch von seiner Partei geforderten Ausbau der Erbschaftsteuer ein. Die Körperschaftsteuer ist keine Besitz-, sondern eine Verkehrssteuer, die das Wirtschaftsleben schwer belastet. Bei der Ergänzungsabgabe ist besonders darauf zu sehen, daß die Spekulationsgewinne scharfer gefaßt werden. Die härtere Belastung ist geeignet, manchen Kreisen die Kriegslust auszutreiben.

Staatssekretär Graf Rodeborn kann heute noch keine bestimmte Erklärung über den Sitz des zukünftigen Steuer-

gerichtshofes abgeben. Persönlich ist er dem Gedanken durchaus geneigt, ihn außerhalb Berlins zu legen.

Abg. Waldt erklärt, ebenfalls für die Erbschaftsteuer zu sein. Diese Steuer ist aber nicht Gegenstand der jetzigen Kompromißverhandlungen gewesen. Daß die Körperschaftsteuer im Interesse der Interessenten herabgesetzt worden ist, trifft nicht zu, denn in Wirklichkeit bestand die Gefahr, durch einen hohen Steuerfuß eine Steuerquelle zu verschütten.

Damit schließt die Aussprache. Die Verhandlungen wurden vertagt.

Aus dem Gerichtssaal.

Eine bestraftete Mutter. Der neuernannte Reichspräsident Lehrenbach hat in seiner Amtsrede das hohe Lied der deutschen Heldentüchtigkeit gesungen, die ihr Vaterland in der Verteidigung des Reiches an ihr Vaterland hingibt. Aber der Krieg und das Kriegsgewalt stellen noch höhere Anforderungen an Mütter. Vor der 3. Strafkammer des Landgerichts II in Berlin hatte sich eine Frau B. wegen Förderung der Fahnenflucht eines Soldaten, ihres eigenen Sohnes zu verantworten. Die Förderung der Fahnenflucht wurde darin gesehen, daß Frau B. ihrem fahnenflüchtig gewordenen Sohn auf dessen dringende Bitten zweimal Geld gesandt und trotz Kenntnis von der Fahnenflucht ihres Sohnes keine Anzeige erstattet hat. Nach § 139 Str.-G.-B. sind zwar nur bei gemeingefährlichen Verbrechen auch die wegen persönlicher Verhältnisse vor dem Zeugnispflicht entbundenen Personen anzeigepflichtig, bei Fahnenflucht ist diese Pflicht durch das Oberkommando auf Grund des Belagerungszustandes aber auch den Angehörigen auferlegt. Die Angeklagte wurde zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Verurteilte Söldnerhändler. In der Verhandlung gegen den Administrator des dem Prinzen Friedrich Leopold gehörigen Gutes Düppel, Ernst v. Eberstein, wegen Söldnerhandels mit Schweinen und Verhinderung der Höchstpreise wurde der Angeklagte zu sechs Monaten Gefängnis und die übrigen Angeklagten ebenfalls zu mehrmonatigen Gefängnisstrafen verurteilt.

Prüfungsamt als Einbrecher. Die Strafkammer in Danzig verhandelte gegen fünf Prüfer, die während des letzten Jahres Einbruchsdiebstähle in Danzig und in Langfuhr verübten. Der Wert der entwendeten Gegenstände soll sich auf ungefähr 50 000 Mark belaufen. Der Angeklagte Greifenberg wurde wegen 32 Diebstähle zu 3 Jahren Gefängnis, Hoffmann wegen 18 Diebstähle zu 1 Jahr 3 Monaten, Krollmann wegen fünf Diebstähle zu 6 Monaten, Reinicke wegen sechs Diebstähle zu 8 Monaten, Lambeck wegen neun Diebstähle zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Allen Angeklagten wurden mildernde Umstände zugestanden. Wegen unbesugter Entziehung elektrischer Kraft erhielt jeder Angeklagte 15 Mk. Geldstrafe.

Die Tragödie einer Mutter. In Zweibrücken hatte sich eine Landwirtin aus der Umgebung mit ihrer Tochter vor dem Schwurgericht zu verantworten, weil sie das von der Tochter geborene, von einem französischen Kriegsgefangenen stammende Kind gleich nach der Geburt tötete. Die Mutter erklärte unter Weinen, daß sie bei dem Gedanken daran, daß ein Sohn von ihr im Felde gefallen sei, ein zweiter Sohn im Felde sterbe und der dritte in den nächsten Tagen eintrübe und die Tochter nun diese Sünde über die Familie gebracht habe, sich der Tragweite ihrer Handlungswelt nicht bewußt gewesen sei. Sie erhielt zwei Jahre sechs Monate Gefängnis. Ihre Tochter wurde freigesprochen.

Aus Nah und Fern.

Sympathie-Eier. Die „Frankf. Zeitung“ meldet aus Bern: Dem „Berner Tagblatt“ zufolge werden in Basel in einem nachteiligen Preisverhältnis 100 000 Eier zu dem verhältnismäßig billigen Preise von 28 Rappen pro Stück verkauft, während der Durchschnittspreis für ein Ei gegenwärtig in der Schweiz 40 bis 42 Rappen beträgt. Der italienische Generalkonsul hat sich jedoch die Verfügung über die genannten Eierbestände vorbehalten, und sie werden nur an Engländer, Franzosen oder Italiener oder an solche Personen verkauft, die sich über ihre Sympathien für die Entente auszuweisen vermögen. Dazu bemerkt das Blatt: „Es kann recht nett im Schweizer Land werden, wenn die Behörden solchen Anzug nicht zu dämpfen vermögen.“

Augen hasteten am Boden. Wenn er aber, wie öfter geschah, hilflos, um nach dem gegenüberliegenden, jetzt in goldenem Glanze badenden Gipfel des Glanzhorns oder ins Tal hinab zu sehen, wurde ein fernes, sanftes braunes Augenpaar bemerkt, über dem sich eine Stirn wölbt, deren intelligente Form selbst unter der Krone des tief in die Brauen gedrückten Hutes sich deutlich verriet. Es war jedoch nicht allein die Hüttenfrau, was einen schwermütigen Schatz auf die hübsch geschnittenen, feinen und blauen Züge des jungen Mannes warf; der trübte Anblick derselben schien mehr von innen als von außen zu kommen. Die ganze Erscheinung trug unverkennbar den landparteherrlichen Stempel und zwar die protestantische Nuance derselben; denn bekanntlich weiß jedes Auge den protestantischen Landpfarrer auf hundert und zweihundert Schritte weit von seinem katholischen Amtskollegen im Christen zu unterscheiden.

Im übrigen war keine Spur von gleichzeitiger Vorteilhaftigkeit im Anblick oder in der Haltung des Mannes, wohl aber etwas Reizvolles, eine gewisse Würdigkeit. Und doch auch verteilte dann und wann wieder eine heftige Bewegung oder ein momentanes Aufleuchten des Auges, nur eine ungemündlich starke Willenskraft habe hier ein heftiges Herz so weit gebündelt, daß abschließliche Betrachtung die rote Blut nicht unter dem bleichen Nagenflor vorzujimmern sah. Die meisten seiner früheren Freunde würden freilich in dem stillen Pfarrer von Windgellen kaum noch den Mann erkannt haben, der nur zwei Jahre zuvor den ersten im Lande in der Vorderreihe einer rührigen und mächtigen Partei gestanden, der Mann, der damals in mancher lösenden Volksversammlung „des Wortes Feuerbrände“ in die Gemüter geschleudert und bei Freund und Feind die bestimmte Erwartung erregt hatte, daß er binnen kurzem einen vorragenden Platz unter den Lenkern des Gemeinwesens einnehmen würde. Aber die Hoffnungen der Parteigenossen und die Befürchtungen der Gegner waren gleichermaßen getrübt worden. Der junge Agitator, dem man neben vielen glänzenden und löblischen Eigenschaften eine bedeutende Dosis von Ehrgeiz zugeschieben hatte, plötzlich und ohne sich selbst gegen seine nächsten Betanuten zu einer Erklärung herbeizulassen, die Berufung der Gemeinde Windgellen zu dieser entlegenen Pfarrstelle angenommen; und die allgemeine Verwunderung darüber war um so größer gewesen, als man in Erfahrung gebracht, der neue Pfarrer habe sich gelegentlich um diese von seinem früheren geistlichen Amtskollegen beworbene Stelle beworben. Hierauf hatte man noch einige Tage, da und dort noch einige Wochen von jenem „dummen Streich“ gesprochen; dann hatte man sich damit beruhigt, den jungen Geistlichen aufzujucken einen Sonderling oder auch wohl geradezu einen Narren zu nennen, und endlich hatte man ihn in jenem am Ende der Welt“ gelegenen Bergwinkel vergessen, wie das ja so überall Brauch der Parteien ist, wenn eins ihrer Werkzeuge abgenutzt ist, oder wenn es sich ihnen vergrät.

Rosi zurflüß.

Eine Geschichte aus den Alpen. Von Johannes Scherr.

1. Fortsetzung.

Alle die bezeichneten Verhältnisse sind von der Teufelsanzel aus sichtbar: das Dorf, die Kirche, der Hof in der Zwißl, das Haus zum Rütli am See „im Böödel“, wie die Stelle genannt wird. Die Blide des jungen Mädchens wanderten von der Kirchturmstange nach der Zwißl und von da zum Rütli. Da hasteten sie lange, und es schien, als wollte sich ein feuchter Schleier über die schwarze Glut des brennenden Auges heben. Aber es schien nicht, denn jogleich wieder brannte in diesem Auge ein Feuer, das jede Träne schon im Entstehen aufzehrte, und ein Zug des Schmerzes umfing sich schlangengleich um die Mundwinkel. Nach das aus der Höllenschwartz hervorlugende Dach des zerfallenden Hauses lag im Gesichtskreis. Allein dorthin fiel kein Blick des Mädchens, nicht einer, und doch war es sein Vaterhaus.

Seit ein paar Jahren hauste dort der Strobelhäpfi (Strobelhäpfi) mit seinem Weibe, der Strobelhäbi (Strobelbarbara), ein Menschenpaar, das man in ganzen Tale überalt mit Sach und Verachtung, aber auch mit Furcht anjah. Denn daß die Strobelhäbi eine Heze, galt bei der Mehrzahl der Talente für ebenso gemacht, als die Tatsache, daß ihr Mann ein Gauner, der in verschiedenen Zuchtanstalten keine Ausbildung erhalten hatte. Zuletzt war er als Mitglied einer Hahnenkämpferbande mehrere Jahre zu Bern „im Schellenwert“, das ist in Ketten, gewesen. Bei seiner Entlassung hatte sich herausgestellt, daß er von Kindheit auf ein „Heimatloser“ gewesen, wie sich das auch bei seiner aus Zigeunerblut stammenden Frau von selbst verstand. Weil sich aber die öffentliche Katastrophe des Heimatlosens dem Staat gerade im Winter als je gemacht hatte, war auch der Strobelhäpfi von der Maßregel betroffen worden, durch Einbürgerung der Heimatlosen dem Bagabundenreiben die Art an die Wurzel zu legen. Der entlassene Schellenwerter wollte sich erinnern können, daß er vertrieben in der Feldmark der Gemeinde Windgellen irgendwo geboren sei, und so mußte sich die besagte Gemeinde nach langem Sträuben dazu hergeben, den überberühmtesten Mann in ihren Verband aufzunehmen. Die Strobelhäbi, die während des Aufenthalts ihres Ehemann in Berner Vollerbanes (Zuchtbaus) auf eigene Hand das altgewohnte Bagantenleben fortgesetzt hatte, war nicht sehr von der Aussicht auf ein heftiges Dasein erbaut gewesen, aber sie hatte sich fügen müssen, und so war das würdige Paar mit seinem Tochterlein Esi (Elisabeth), das seiner braunen Gesichtsfarbe wegen das Schwarzzeßli hieß, nach Windgellen herangezogen. Natürlich hatten die guten Leute sofort Ansporn an das Armengut erhoben und wollten es gar nicht begreifen, das Gemeinwohl zu fördern (sicheren, wackrigen) Weibung waren Leute, die noch so gut bei Kräften wären, müßten Brot selber verdienen. Doch gab ihnen die Gemeinde Dach und

Fach, nämlich das Haus in der Höllenschwartz, das unbewohnt und herrenlos dastand. Der letzte kinderlose Besitzer desselben, vormals ein hablicher Bauer, hatte in wüstem Wandel all seinen Besitz veran und dann, eines kalten Wittermorgens beim Erwachen aus seinem letzten Branntwerauß (Brantwerauß) zu der unliebamen Einsicht gelangt, daß er nichts mehr zu vertrieben hätte, an einem der mörnerischen Dachparren seines Hauses sich erhängt. Niemand im Tale hatte Lust, das verfallene Haus „des vom Tüfel Gehörten“ an sich zu bringen, und so war es von der Gemeinde zur Armenherberge bestimmt worden. Es wohnte aber nur die Familie des Strobelhäpfi darin, dessen Gewerbe jetzt war, den Holzschäpfern — die Holzschäpferei wird in diesem Teile des Berges eifrig betrieben — das Aornholz zu ihren Arbeiten zu beschaffen. Man munkelte freilich und jagte leger laut, weder der Strobelhäpfi noch seine Wäbi hätten ihre früheren Erwerbwege ganz verlassen. Beide waren oft längere Zeit von Hause abwesend, und wenn sie dann wieder heimkehrten, würde, wie die Klatschbasen des Dorfes wissen wollten, in der dürftigen Küche der Höllenschwartz gebraten und gekostet wie bei einer Kirnweih. Aber sicher war, daß der Strobelhäpfi und sein Weib, mochten sie in der Ferne treiben, was sie wollten, mit richtigem Takt wenigstens in der Nähe ihre Hände von allen gefährlichen Dingen fernhielten. So mußte man sie schon dulden, wenn auch noch so ungerne.

2. Kapitel.

Der Pfarrherr von Windgellen.

Schwarzzeßli schaute noch immer von der Teufelsanzel talwärts. Das Haus in der Zwißl und das Rütli im Böödel waren die Zielpunkte ihrer dunklen Augen. Mit gekrümmten Lippen murmelte sie: „Jetzt wird die Heze allgemach ihren Hochzeitsstaat antun, und der Ruodi (Rudolf) ist wohl schon auf dem Wege nach der Zwißl.“ Schämmi (Karin, Rauchfang) raucht ja schon mächtig, und die Zwißlbäurin rümpelt mit dem Bräutli (Beretta) den Morgenimbiss. Derweil zählt der Zwißlbauer den Saß voll harter Feustlben (Zünftlores, Zünfrantentaler), den er seiner Tochter mitgibt. Das ist ja alles und alles schält schon! Oh, ich wolle' mir, der rot Guggel (Gahn) jäh auf dem Dach, daß all' jämme verbrannt, all' jämme, und wenn auch e drunter sein müßt — miral! (meinetwegen).

Nach diesem leidenschaftlichen Ausdruck verjant sie wieder in ihr jarnes Hindrücken und hatte nicht acht, daß ein Mann den Geigenpfeid am Bergwand dahertam. Sie sah den Kommenden gar nicht, der langsam vorzschritt. Sein schwarzer Anzug hob sich kaum von dem Schattendüster ab, in das die Bergseite noch geblüht war. Von Zeit zu Zeit verdrang die noch immer vom Tal heraufwallenden Nebelzüge die schlanke Figur halb und halb, und sie sah ihn dann über dem Felsabsturz, an dessen Saum der Weg sich hinwand, in der Luft zu schweben. So kam der Mann näher. Er hatte im Wandeln die Hände auf den Rücken gelegt, und seine

Die Hentersmahlzeit.

Eine galgenhumoristische Begebenheit von Th. Thomas.

Der erste Staatsanwalt der Residenzstadt steht mit einem Gesicht vor seiner Paragrafendrehbank, wie damals, als er ins Examen stieg.

Der Beamte fährt mit der Hand verweilt über die sorgenvolle Stirn mit dem Temporalhieb, der vor Hunger blau geschwollen ist.

Dann schreitet der Staatsanwalt hinüber durch die schicksal-düsteren Gänge in die Zelle Nummer 77, um den Verurteilten mit Güte zu überreden.

Er findet den Verbrecher recht mürrisch. Der Inhaber des weltlichen Schwertes verhöhnt reichlich viel von seiner Stimme.

Nehmen Sie doch Vernunft an; Sie können doch nichts Unmögliches von uns verlangen." schreiet er seine Selbstberei.

"Aber der Gerichtsalangts von mich," verteidigt sich Kadoleit.

"Aber wenn doch nichts zu beschaffen ist, Verehrtester."

"Der war seltsam. Dann warte ich. Mich eilt der ja nicht. Was? Ich mal ein Stück Speck?"

"Inzwischen ist es dem Inspektor gelungen, ein Kaskostatelet aufzutreiben. Das mit Dörrengemüsenuppe und etwas Tee kommen in die Zelle."

Als Kadoleit den ersten Löffel der Suppe zwischen die Zähne hat, tut er einen mächtigen Speurer.

"Zwei Döbel, Strochleier. Mensch, das verdau ich doch nicht mehr diese Nacht. Soll ich mir damit zumschleppen bis zu's jüngste Gericht? Nein — das vermach ich meine Erben."

"Inzwischen ist es dem Inspektor gelungen, ein Kaskostatelet aufzutreiben. Das mit Dörrengemüsenuppe und etwas Tee kommen in die Zelle."

Als Kadoleit den ersten Löffel der Suppe zwischen die Zähne hat, tut er einen mächtigen Speurer.

"Zwei Döbel, Strochleier. Mensch, das verdau ich doch nicht mehr diese Nacht. Soll ich mir damit zumschleppen bis zu's jüngste Gericht? Nein — das vermach ich meine Erben."

"Inzwischen ist es dem Inspektor gelungen, ein Kaskostatelet aufzutreiben. Das mit Dörrengemüsenuppe und etwas Tee kommen in die Zelle."

Als Kadoleit den ersten Löffel der Suppe zwischen die Zähne hat, tut er einen mächtigen Speurer.

"Zwei Döbel, Strochleier. Mensch, das verdau ich doch nicht mehr diese Nacht. Soll ich mir damit zumschleppen bis zu's jüngste Gericht? Nein — das vermach ich meine Erben."

"Inzwischen ist es dem Inspektor gelungen, ein Kaskostatelet aufzutreiben. Das mit Dörrengemüsenuppe und etwas Tee kommen in die Zelle."

Als Kadoleit den ersten Löffel der Suppe zwischen die Zähne hat, tut er einen mächtigen Speurer.

"Zwei Döbel, Strochleier. Mensch, das verdau ich doch nicht mehr diese Nacht. Soll ich mir damit zumschleppen bis zu's jüngste Gericht? Nein — das vermach ich meine Erben."

"Inzwischen ist es dem Inspektor gelungen, ein Kaskostatelet aufzutreiben. Das mit Dörrengemüsenuppe und etwas Tee kommen in die Zelle."

Als Kadoleit den ersten Löffel der Suppe zwischen die Zähne hat, tut er einen mächtigen Speurer.

"Zwei Döbel, Strochleier. Mensch, das verdau ich doch nicht mehr diese Nacht. Soll ich mir damit zumschleppen bis zu's jüngste Gericht? Nein — das vermach ich meine Erben."

"Inzwischen ist es dem Inspektor gelungen, ein Kaskostatelet aufzutreiben. Das mit Dörrengemüsenuppe und etwas Tee kommen in die Zelle."

Als Kadoleit den ersten Löffel der Suppe zwischen die Zähne hat, tut er einen mächtigen Speurer.

"Zwei Döbel, Strochleier. Mensch, das verdau ich doch nicht mehr diese Nacht. Soll ich mir damit zumschleppen bis zu's jüngste Gericht? Nein — das vermach ich meine Erben."

"Inzwischen ist es dem Inspektor gelungen, ein Kaskostatelet aufzutreiben. Das mit Dörrengemüsenuppe und etwas Tee kommen in die Zelle."

Als Kadoleit den ersten Löffel der Suppe zwischen die Zähne hat, tut er einen mächtigen Speurer.

"Zwei Döbel, Strochleier. Mensch, das verdau ich doch nicht mehr diese Nacht. Soll ich mir damit zumschleppen bis zu's jüngste Gericht? Nein — das vermach ich meine Erben."

"Inzwischen ist es dem Inspektor gelungen, ein Kaskostatelet aufzutreiben. Das mit Dörrengemüsenuppe und etwas Tee kommen in die Zelle."

völlig gebrochen auf der Brüstung liegt. Die Vorbereitungen unten im Hof, die ihm geneigt haben, alles Hoffen, sein Leben zu erhalten, werde umsonst sein, hatten ihm die Kraft und den Rest Entschlossenheit geraubt.

Am einviertel vor fünf trifft die Antwort aus Leipzig ein. Der Reichsstaatsanwalt könne keine bestimmte Anweisung geben, man möge dortseitig nach bestem Ermessen entscheiden.

Als drei Minuten nach sechs Uhr der Kopf des Gerichteten in die Sägenrinne rollt, hat der Staatsanwalt das Gefühl wie damals, als er mit einem Eisner von der Universität kam.

Oben in der Zelle Nummer 77 sitzen derweilen die Aufseher vom Frühdienst — sie verzeihen die unberührte Hentersmahlzeit — unten aber in der Küche steht schmunzelnd der Verwalter seiner Frau ein Stück Schinken unter die Schürze.

Nord-Grönlands endgültige Erforschung.

Rud Rasmussens eigener Bericht.

Am 25. Mai ist Anud Rasmussen von seiner gefährlichen Grönlandreise wieder in Kopenhagen angekommen.

"Unser Ziel", so begann Rasmussen, "war, die Nordküste Grönlands, die großen Fiorde und ganz Peary-Land kartographisch aufzunehmen; ferner wollten wir diese Landstriche botanisch erforschen und uns darüber klar werden, wie weit die nördlichsten Küstengegenden von Estimos bewohnt waren, und wo die früheren Aufschlussergebnisse in der Melville-Bai und am Kap York bis nach Etah lagen.

Wir waren als Expedition ausgerückt, das heißt, wir hatten nur verhältnismäßig geringe Lebensmittelvorräte bei uns; denn ich wollte den erforderten Proviant auf Jagd erbeuten.

Im Anfang erwarteten wir zwar eine Anzahl Moschusochsen, aber zu Nothen konnten wir nur sehr selten kommen, weil die Eis-schmelze so zeitig kam, daß die Tiere im Wasser blieben.

Wir hatten eine große Anzahl Hunde, die wir in drei Gruppen: Koch, Njato und ich, um die kartographischen Aufnahmen zu machen; Wulff, Hendrik und die beiden anderen Grönländer, die Jäger waren, um sich nach dem de Long-Jord, unserem Endziel, zu begeben.

Wir fanden nur kein Großwild und nur wenige Hais. Der Schnee war sehr tief, und die Hunde wollten nicht vorwärts. Am 30. Mai trafen wir Wulff und seine Leute, die jetzt wieder bei uns blieben, da das Land nun vorrücken Studien ganz unzugänglich waren.

Wir hatten eine große Anzahl Hunde, die wir in drei Gruppen: Koch, Njato und ich, um die kartographischen Aufnahmen zu machen; Wulff, Hendrik und die beiden anderen Grönländer, die Jäger waren, um sich nach dem de Long-Jord, unserem Endziel, zu begeben.

Wir fanden nur kein Großwild und nur wenige Hais. Der Schnee war sehr tief, und die Hunde wollten nicht vorwärts. Am 30. Mai trafen wir Wulff und seine Leute, die jetzt wieder bei uns blieben, da das Land nun vorrücken Studien ganz unzugänglich waren.

Wir hatten eine große Anzahl Hunde, die wir in drei Gruppen: Koch, Njato und ich, um die kartographischen Aufnahmen zu machen; Wulff, Hendrik und die beiden anderen Grönländer, die Jäger waren, um sich nach dem de Long-Jord, unserem Endziel, zu begeben.

Wir fanden nur kein Großwild und nur wenige Hais. Der Schnee war sehr tief, und die Hunde wollten nicht vorwärts. Am 30. Mai trafen wir Wulff und seine Leute, die jetzt wieder bei uns blieben, da das Land nun vorrücken Studien ganz unzugänglich waren.

Wir hatten eine große Anzahl Hunde, die wir in drei Gruppen: Koch, Njato und ich, um die kartographischen Aufnahmen zu machen; Wulff, Hendrik und die beiden anderen Grönländer, die Jäger waren, um sich nach dem de Long-Jord, unserem Endziel, zu begeben.

Wir fanden nur kein Großwild und nur wenige Hais. Der Schnee war sehr tief, und die Hunde wollten nicht vorwärts. Am 30. Mai trafen wir Wulff und seine Leute, die jetzt wieder bei uns blieben, da das Land nun vorrücken Studien ganz unzugänglich waren.

Wir hatten eine große Anzahl Hunde, die wir in drei Gruppen: Koch, Njato und ich, um die kartographischen Aufnahmen zu machen; Wulff, Hendrik und die beiden anderen Grönländer, die Jäger waren, um sich nach dem de Long-Jord, unserem Endziel, zu begeben.

Wir fanden nur kein Großwild und nur wenige Hais. Der Schnee war sehr tief, und die Hunde wollten nicht vorwärts. Am 30. Mai trafen wir Wulff und seine Leute, die jetzt wieder bei uns blieben, da das Land nun vorrücken Studien ganz unzugänglich waren.

Wir hatten eine große Anzahl Hunde, die wir in drei Gruppen: Koch, Njato und ich, um die kartographischen Aufnahmen zu machen; Wulff, Hendrik und die beiden anderen Grönländer, die Jäger waren, um sich nach dem de Long-Jord, unserem Endziel, zu begeben.

Wir fanden nur kein Großwild und nur wenige Hais. Der Schnee war sehr tief, und die Hunde wollten nicht vorwärts. Am 30. Mai trafen wir Wulff und seine Leute, die jetzt wieder bei uns blieben, da das Land nun vorrücken Studien ganz unzugänglich waren.

Wir hatten eine große Anzahl Hunde, die wir in drei Gruppen: Koch, Njato und ich, um die kartographischen Aufnahmen zu machen; Wulff, Hendrik und die beiden anderen Grönländer, die Jäger waren, um sich nach dem de Long-Jord, unserem Endziel, zu begeben.

Wir fanden nur kein Großwild und nur wenige Hais. Der Schnee war sehr tief, und die Hunde wollten nicht vorwärts. Am 30. Mai trafen wir Wulff und seine Leute, die jetzt wieder bei uns blieben, da das Land nun vorrücken Studien ganz unzugänglich waren.

Wir hatten eine große Anzahl Hunde, die wir in drei Gruppen: Koch, Njato und ich, um die kartographischen Aufnahmen zu machen; Wulff, Hendrik und die beiden anderen Grönländer, die Jäger waren, um sich nach dem de Long-Jord, unserem Endziel, zu begeben.

Wir fanden nur kein Großwild und nur wenige Hais. Der Schnee war sehr tief, und die Hunde wollten nicht vorwärts. Am 30. Mai trafen wir Wulff und seine Leute, die jetzt wieder bei uns blieben, da das Land nun vorrücken Studien ganz unzugänglich waren.

Wir hatten eine große Anzahl Hunde, die wir in drei Gruppen: Koch, Njato und ich, um die kartographischen Aufnahmen zu machen; Wulff, Hendrik und die beiden anderen Grönländer, die Jäger waren, um sich nach dem de Long-Jord, unserem Endziel, zu begeben.

Wir fanden nur kein Großwild und nur wenige Hais. Der Schnee war sehr tief, und die Hunde wollten nicht vorwärts. Am 30. Mai trafen wir Wulff und seine Leute, die jetzt wieder bei uns blieben, da das Land nun vorrücken Studien ganz unzugänglich waren.

Wir hatten eine große Anzahl Hunde, die wir in drei Gruppen: Koch, Njato und ich, um die kartographischen Aufnahmen zu machen; Wulff, Hendrik und die beiden anderen Grönländer, die Jäger waren, um sich nach dem de Long-Jord, unserem Endziel, zu begeben.

Wir fanden nur kein Großwild und nur wenige Hais. Der Schnee war sehr tief, und die Hunde wollten nicht vorwärts. Am 30. Mai trafen wir Wulff und seine Leute, die jetzt wieder bei uns blieben, da das Land nun vorrücken Studien ganz unzugänglich waren.

Wir hatten eine große Anzahl Hunde, die wir in drei Gruppen: Koch, Njato und ich, um die kartographischen Aufnahmen zu machen; Wulff, Hendrik und die beiden anderen Grönländer, die Jäger waren, um sich nach dem de Long-Jord, unserem Endziel, zu begeben.

Wir fanden nur kein Großwild und nur wenige Hais. Der Schnee war sehr tief, und die Hunde wollten nicht vorwärts. Am 30. Mai trafen wir Wulff und seine Leute, die jetzt wieder bei uns blieben, da das Land nun vorrücken Studien ganz unzugänglich waren.

Wir hatten eine große Anzahl Hunde, die wir in drei Gruppen: Koch, Njato und ich, um die kartographischen Aufnahmen zu machen; Wulff, Hendrik und die beiden anderen Grönländer, die Jäger waren, um sich nach dem de Long-Jord, unserem Endziel, zu begeben.

Wir fanden nur kein Großwild und nur wenige Hais. Der Schnee war sehr tief, und die Hunde wollten nicht vorwärts. Am 30. Mai trafen wir Wulff und seine Leute, die jetzt wieder bei uns blieben, da das Land nun vorrücken Studien ganz unzugänglich waren.

Der tapfere Lehrbub.

Aus alten Schwänken, Schürren und Scherzen.

Zu einem Barbier kam eines Tages ein gar wild und gewalttätig aussehender Mann und verlangte mit barocker Stimme, so-gleich rasiert zu werden.

Der Meister, der sich schon daran gemacht hatte, sein Rasiermesser zu schleifen, fuhr ein Schreden durch die Glieder, als er den blühenden Dolch sah.

Als der von den Bedingungen erfuhr, die der gefährliche Gast stellte, wollte auch er sein Leben nicht für hundert Wagen wagen, ließ davon und schickte den Lehrbuben.

Der Junge dachte: „Bange machen gilt nicht!“ Die hundert Wagen luden ihn auch gar zu verlockend an, darum sagte er sich ein Herz und ging an, seinen Gast tüchtig einzurufen.

Sei, wie duhst das Messer über die rauhe Wade und das strapazierte Bein! Nun war er fertig, und das mußte man sagen, der Lehrbub hatte ein Meißelstück vollbracht.

Verwundert erhob sich der Gast aus seinem Stuhl: „Du bist ja ein Teufelskerl! Da, nimm dein Geld. Aber sag mal, hat dir denn dein Herr gar nicht geklopft?“

„Glaub mir nur, wenn nur ein Tröpflein Blut geflossen wäre, hätte ich dich ohne Erbarmen erstochen.“

„Guter Herr“, entgegnete lachend der Bub, „meint Ihr, das wäre so leicht gewesen? Ich hätte Euch ja in der Hand, und wenn mir das Messer zugekehrt wäre, Euch zu schneiden, hätte ich Euch gleich die Kehle durchgeschnitten.“

Dem Gast lief es kalt über den Rücken, als es ihm klar wurde, daß sein Leben in argerer Gefahr schwebte, als das des Bubens. Ganz kleinlaut machte er sich davon, und von nun an braute kein Barbier mehr vor ihm fortzulaufen.

Kleines Feuilleton

Der Kriegs als Fisch-Schonzett.

In der Nordsee, die natürlich ziemlich stark unter dem Einfluß des Krieges steht, war in der letzten Friedenszeit ein Zustand der „Ueberfüllung“ eingetreten, das heißt, daß sich eine starke Abnahme der größeren Fische infolge des Wegfanges bemerkbar machte.

Die Fische waren zwar noch immer nicht am Gewicht vermindert, enthielten aber in der Hauptsache nur kleine Exemplare, wodurch der Marktwert stets beeinträchtigt wird.

Die Wirkung dieser Verhältnisse ist aber durchaus keine schädliche, wenn sie auch natürlich in der Gegenwart zu einer Verringerung des Marktes führt, es ist vielmehr durch die geschädigten Kriegszwischen eine Schonzett für die Nordseeische herbeigeführt worden, die aus den eingangs erwähnten Gründen nur als erstklassig bezeichnet werden kann.

In einer Besprechung dieser Schonzetterbezeichnung hat ein holländischer Fischereiverständiger sogar berechnet, daß während der Kriegszeit 300—400 Millionen Doppelzentner Fische weniger gefangen wurden, die also für die Zeit nach dem Kriege zur Verfügung stehen.

Auch deutsche Sachverständige haben festgestellt, daß der Fischreichtum in der Nordsee sich während der letzten Jahre bedeutend gesteigert hat. Dies ist um so erfreulicher, als dadurch unsere Fischereifähigkeit künftig wird verringert werden können.

Sie besetzt sich früher auf 110 Millionen Mark, denen nur ein Ertrag der deutschen Fischerei in Höhe von 40 Millionen Mark gegenüberstand.

Als ob das Töten irgend etwas gutmachen könnte! Als ob vergossenes Blut überhaupt etwas Geschehenes ungeschehen machen könnte! Über den geheiligten Widerstand, unter dessen Herrschaft die blöde Welt sich gestellt hat.

Berta v. Suttner.

Heiteres

Die Rahe des Briefschreibers.

Als vor Beginn der großen Orientkriege die Briefe zu einer Einseitigkeit abkommandiert. Die Zensur seiner Briefe, bezog die Ortstommandant. Zu seinem Erstaunen las er gleich in ersten Briefe folgendes: „Liebe Frau! Ueber die militärische Lage kann ich dir nichts schreiben, weil es verboten ist. Ueber die Familienangelegenheiten will ich nichts schreiben, denn es ist nicht nötig, daß da jeder Kaffee seine Nase reinsteckt.“

Schnell gepakt der Ortstommandant diesen Erguß in einen Umschlag und schickte ihn an den Kommandeur der Kolonne mit dem Vermerk: „Zuständigkeitshaber überweisen.“

Fatal. Braut: „Tagt heute nicht Dein Regelfluß, Schatz?“ — Brautigam (angenehm überrascht): „Freilich, freilich. Ich dachte nur, weil morgen unsere Hochzeit stattfindet. Du meinst also, ich soll trotzdem hingehen?“ — Braut: „Selbstverständlich, wirst Du hingehen. Du mußt Dich doch abmelden.“

Frau A.: „Legte Nacht habe ich einen jüchsterlichen Schreck ausgedauert; ich hörte ein Geräusch, stand auf, zündete das Licht an und sah unter dem Bett ein Männerbein hervorragen!“ — Frau B.: „Sicherlich das Bein des Verbrechers?“ — Frau A.: „Nein, es war das Bein meines Mannes; er hatte den Arm von mir gefort und war unter dem Bett gefroren!“

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwab, Druck: Friedr. Meyer & Co. Gedruckt in Lübeck.